

L-1-000: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND
Berlin (dort beschlossen am: 30.11.2023)

Ändern in:

Transformation der Wirtschaft - Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit
stellen

Von Zeile 0 bis 4:

Für uns steht das Wohlergehen aller Menschen in jedem seiner Lebensbereiche an erster Stelle. Ein Leben in Zufriedenheit und ~~Wohlstand~~mit nachhaltiger, finanzieller Sicherheit, im Einklang mit dem Planeten, ein ~~guter~~nachhaltiger Job mit guten Arbeitsbedingungen und langfristig gesicherte gute Einkommen– all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft klimaneutral ~~fit für die Zukunft~~und gemeinwohlorientiert zumzubauen., Gewerkschaften und betriebliche Mitbestimmung zu ~~machen~~stärken und Menschen die notwendigen Mittel an die Hand geben, diesen Weg mit uns zu gehen.

L-1-000-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 0 bis 4:

Für uns steht das Wohlergehen aller Menschen in jedem seiner Lebensbereiche an erster Stelle. Ein Leben in Zufriedenheit und ~~Wohlstand~~nachhaltiger, finanzieller Sicherheit, im Einklang mit dem Planeten, ein ~~guter~~nachhaltiger Job mit guten Arbeitsbedingungen und langfristig gesicherte gute Einkommen– all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft ~~klimaneutral-fit für die Zukunft~~klimaneutral und gemeinwohlorientiert umzubauen, Gewerkschaften und betriebliche Mitbestimmung zu machenstärken und Menschen die notwendigen Mittel an die Hand geben, diesen Weg mit uns zu gehen.

Unterstützer*innen

Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf), Erk Ata Gülbasar (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Engin Yagan (KV Berlin-Mitte), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Lisbeth Emely Ritterhoff (KV Berlin-Neukölln)

L-1-001: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 1 bis 4:

Ein Leben in Zufriedenheit und Wohlstand, im Einklang mit dem Planeten, ~~ein guter Job und langfristig gesicherte gute Einkommen – all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für die Zukunft zu machen und Menschen die notwendigen Mittel an die Hand geben, diesen Weg mit uns zu gehen.~~ mit guten Jobs, also fairen Arbeitsbedingungen und langfristig gesicherten, soliden Einkommen – all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für die Zukunft zu machen. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen mit klimapolitischen Zielen und flankierende Investitionen. So bauen wir gemeinsam Berlin klimaneutral um, stärken unsere Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze in der Metropolregion.

Begründung

Unser Grüner Weg hat zwei Säulen: Einmal die Regelungsebene, in der verbindliche Normen festgelegt werden wie Energieeffizienzstandards oder Schadstoffwerte. Diese langfristig festzulegen schafft Planungssicherheit für Unternehmen und fairen Wettbewerb für die, die bereits Klimafreundlich produzieren, aber aktuell einen Wettbewerbsnachteil haben. Zweitens die Investitionsebene, denn sei es die öffentliche Hand, private Haushalte oder eben Unternehmen: insbesondere in Zeiten der Inflation ist es schwer noch große Investitionen für Klimaschutz oder Digitalisierung zu stemmen. Hier flankierend als Staat zur Seite zu stehen mit Klimaschutzinvestitionen ist bündnisgrüne Programmatik.

Unterstützer*innen

Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), David Braun (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf),

Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte),
Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

L-1-001-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg)

Redaktionelle Änderung

Im kompletten Antrag die Formulierung von "Grüne" auf "bündnisgrüne" ändern

Begründung

Gerade im Bezug auf Wirtschaftspolitik spielt der Bündnisgedanke unserer Partei eine besondere Rolle. Wir sollten deshalb den kompletten Antrag vollständig darauf ausrichten.

Unterstützer*innen

Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Nico Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Alice Schreiber (KV Berlin-Lichtenberg), Stephanie Stockklauser (KV Berlin-Lichtenberg), Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei), Andreas Otto (KV Berlin-Pankow), Frank Schubert (KV Berlin-Pankow), Can Aru (KV Berlin-Pankow), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Daniela Billig (KV Berlin-Pankow), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg), Claudia Jung (KV Berlin-Pankow), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Kathleen Rabe (KV Berlin-Pankow), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-001-3: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND
Berlin (dort beschlossen am: 30.11.2023)

Ändern in:

Sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft – Lebensqualität und finanzielle Sicherheit für alle gewährleisten

L-1-001-4: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)

Ändern in:

Sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft – Lebensqualität und finanzielle Sicherheit für alle gewährleisten

Unterstützer*innen

Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf), Erk Ata Gülbasar (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Engin Yagan (KV Berlin-Mitte), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Lisbeth Emely Ritterhoff (KV Berlin-Neukölln)

L-1-005: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Redaktionelle Änderung

Bitte gendern? Danke!

Von Zeile 5 bis 6:

Ob ~~Dienstleister~~Dienstleister*innen, Industrie oder Handwerk – um auch in Zukunft noch schwarze Zahlen zu schreiben, muss heute grün investiert werden. Weltweit sind wir längst in einem Wettbewerb

Unterstützer*innen

Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

L-1-008: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

um die besten Klimatechnologien, um neue Produktionsstätten und Jobs der Zukunft. China und die USA, aber auch Indien oder Japan haben große Investitionsprogramme aufgelegt und Anreize für private Investitionen geschaffen, um beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Batterieproduktion, bei Wasserstofftechnologie, grüner

L-1-012: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

erarbeiten. Umso wichtiger ist es, deshalb jetzt an den richtigen Stellschrauben zu drehen, damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb standhalten können, Unternehmen nicht abwandern und sich neue Unternehmen hier ansiedeln.

L-1-013: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb standhalten können und sich Unternehmen hier ansiedeln.

Berlin braucht Investitionen in eine grüne Zukunft. Die gesetzliche Schuldenbremse wirkt als Investitions- und Klimaschutzbremse. Kurzfristig müssen wir Wege finden, rechtssicher und nachhaltig zu Investieren. Langfristig müssen wir uns dafür einsetzen, uns von der finanzpolitisch schädlichen und unwissenschaftlichen Schuldenbremse endlich zu befreien.

Unterstützer*innen

Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin)

L-1-015: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 14 bis 17:

Es ist Zeit für eine aktive grüne Wirtschafts- und Industriepolitik, die nachhaltig und systemisch wirkt und ~~dabei~~ immer ~~auch~~ die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten ~~im Blick behält~~ anerkennt und sich nach diesen Ausrichtet. Wir wissen dabei viele Gründer*innen und Unternehmer*innen an unserer Seite, die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen arbeiten. Und

Unterstützer*innen

Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

L-1-016: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 15 bis 18:

systemisch wirkt und dabei immer auch die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten im Blick behält. Wir ~~wissen dabei viele~~schätzen die vielen Gründer*innen und Unternehmer*innen an unserer Seite, die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen arbeiten. Sie tragen mit und in ihren Unternehmen Verantwortung für die Wertschöpfung in unserer Stadt. Und auch Gewerkschaften fordern einen radikalen ökologischen Umbau, um Arbeitsplätze dauerhaft

L-1-018: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 17 bis 19:

die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen arbeiten. Und auch Gewerkschaften fordern einen **radikalen** **raschen** ökologischen Umbau der sozialen Marktwirtschaft, um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und neue entstehen zu lassen. Das, was die Stadt Berlin dafür tun kann, muss nun

L-1-018-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 17 bis 22 einfügen:

die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen arbeiten. Und auch Gewerkschaften fordern einen radikalen ökologischen Umbau, um gut bezahlte Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und neue entstehen zu lassen. Das, was die Stadt Berlin dafür tun kann, muss nun beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine und mittelständische Unternehmen, bei der inflationssicheren Erhöhung des Landesmidestlohns, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der Unterstützung klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe endlich

Unterstützer*innen

Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin)

L-1-019: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 18 bis 20:

auch Gewerkschaften fordern einen radikalen ökologischen Umbau, um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern ~~und~~, neue entstehen zu lassen und streiken für sozial-ökologische Umverteilung. Das, was die Stadt Berlin dafür tun kann, muss nun beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine und

Unterstützer*innen

Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin)

L-1-021: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 20 bis 22 einfügen:

beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine und mittelständische Unternehmen, bei Anreizen für private Investitionen, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der Unterstützung klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe endlich

L-1-021-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 20 bis 22 einfügen:

beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine und mittelständische Unternehmen, bei der Digitalisierung der Betriebe und der Verwaltung, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der Unterstützung klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe endlich

Begründung

Die Digitalisierung unserer Betriebe und Verwaltung stellt eine Notwendigkeit für die Transformation unserer Wirtschaft dar. Ohne die Digitalisierung dieser beiden Bereiche werden wir weder neue Wertschöpfung in Berlin schaffen noch mit anderen Weltregionen, die sich bereits auf den Weg der Digitalisierung gemacht haben, konkurrieren können. Das gilt auch und insbesondere für die Digitalisierung der Verwaltung, die wir als "Enabler" der Wirtschaft verstehen müssen und deren Verwaltungsprozesse nicht nur konsequent digitalisiert werden müssen, um an Effizienz zu gewinnen, sondern auch um dem bereits aktuell existierenden und sich zukünftig noch zuspitzenden Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzutreten.

Unterstützer*innen

Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Christopher Schreiner (KV Berlin-Mitte), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Elisabeth Misselwitz (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), David Schönwerth (KV Berlin-Mitte), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Louisa-Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), David Braun (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Robert Losensky (KV Berlin-Spandau), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Christopher Schulze Kökelsum (KV

Berlin-Mitte), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Sebastian Sooth (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

L-1-022: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 21 bis 23 einfügen:

mittelständische Unternehmen, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der Unterstützung klimaneutraler sowie klimaschonender Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe endlich deutlich aufwerten.

L-1-023: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Von Zeile 22 bis 23 einfügen:

klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe endlich deutlich aufwerten.

Berlin und Brandenburg sind auch dank grüner Regierungsbeteiligungen der letzten Jahre gut gerüstet und haben eine starke Ausgangsbasis für die anstehenden Transformationsprozesse: kreative Menschen mit innovativen Gründungsgeist, eine einzigartige Wissenschafts- und Forschungslandschaft, erneuerbare Energie, eine beispiellose digitale und fortschrittsgetriebene Wirtschaft und urbane nachhaltige Lebenskultur. Berlin ist bereits heute Heimat für die Industrien der Mobilitäts- und Energiewende. Berlins Start-Up- Szene und Digitalwirtschaft denkt grün und nachhaltig.

Begründung

Wir sollten anerkennen, dass Berlin und Brandenburg bereits eine gute Basis haben. Auch weil wir in beiden Bundesländern gute Regierungsarbeit geleistet haben; in Berlin 5 Jahre die Wirtschaftssenatorin gestellt haben. Die Entscheidung von Tesla für die Ansiedlung in der Hauptstadtregion ist beispielsweise genau aus den im Antrag genannten Gründen gefallen und zeigt, dass die Metropolregion nicht nur im nationalen, sondern im europäischen Vergleich gut mithalten kann. Wir sollten auf diesen Stärken aufbauen und nicht so tun, als müssten wir jetzt erst ganz neu beginnen.

Unterstützer*innen

Michael Knoll (KV Berlin-Pankow), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Stefan Göhlert (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf),

Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katharina Hild (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte), André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Nicole Ludwig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

L-1-024: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 24 bis 26:

Wir wollen eine aktive, grüne Industriepolitik, die ~~Ansiedlungen von Unternehmen, die ökologisch und sozial handeln, befördert sowie~~ auch ansässige Werke und Unternehmen dabei unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen Chancen nutzt, die

L-1-025: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 24 bis 26 einfügen:

Wir wollen eine aktive, grüne Industriepolitik, die Ansiedlungen von Unternehmen, die ökologisch und sozial gerecht handeln, befördert sowie ansässige Werke und Unternehmen dabei unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen Chancen nutzt, die

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:

regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. Wir unterstützen auch die Forderung nach einem Brückenstrompreis, um tarif- und standorttreue Betriebe bei der ökologischen Transformation zu unterstützen.

Unterstützer*innen

Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

L-1-026: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 25 bis 27:

ökologisch und sozial handeln, befördert sowie ansässige Werke und Unternehmen dabei unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen **Chancen** Wachstumschancen nutzt, die der Bund eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW (Gemeinschaftsaufgabe

L-1-026-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Von Zeile 25 bis 27 einfügen:

ökologisch und sozial handeln, befördert sowie ansässige Werke und Unternehmen dabei unterstützt, klimaneutral zu werden. [Wir Grünen stehen bereit als Partner*innen für alle, die eine klimaneutrale Re-Industrialisierung Berlins angehen.](#) Wir wollen, dass Berlin die neuen Chancen nutzt, die der Bund eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW (Gemeinschaftsaufgabe

Begründung

Wir sollten noch deutlicher betonen, dass wir uns als Partner*innen von anderen Akteuren (Gewerkschaften, UNternehmen, Gründer*innen) begreifen - und nicht alles allein machen können. Der Antrag betont zudem die positive Grundeinstellung zur (Re-)Industrialisierung Berlins. Später im Antrag führen wir dies aus - allerdings nicht in der Einleitung, die ja die zentralen Aussagen zusammenfasst.

Unterstützer*innen

Michael Knoll (KV Berlin-Pankow), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Stefan Göhlert (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte), André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Nicole Ludwig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

L-1-027: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 26 bis 28 einfügen:

unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen Chancen nutzt, die der Bund [durch unseren Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck](#) eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW (Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. Wir unterstützen auch

L-1-028: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Von Zeile 27 bis 29:

der Bund eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW (Gemeinschaftsaufgabe ~~regionale Wirtschaftsförderung~~ Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) oder die neuen Klimaschutzverträge. Wir unterstützen auch die Forderung nach einem Brückenstrompreis.

Begründung

Falsche Erklärung der Abkürzung GRW

Unterstützer*innen

Janna Hennig (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Patrick Smieskol (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ingeborg Hofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-028-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 27 bis 29 löschen:

der Bund eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW (Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. ~~Wir unterstützen auch die Forderung nach einem Brückenstrompreis.~~

L-1-029: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:

regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. Wir unterstützen auch die Forderung nach einem Brückenstrompreis.

Berlin hat sich seit den 2000er Jahren wirtschaftspolitisch stark verändert und solide aufgestellt. Die Orientierung an den fünf Clustern Gesundheit, IKT, Medien & Kreativwirtschaft, Energietechnik, Verkehr, Mobilität & Logistik sowie Optik & Photonik ist ein richtiger Weg, der der gesamten Hauptstadtregion in verschiedenen Branchen Arbeitsplätze schafft. Viele dieser Unternehmen sind nicht nur in Berlin/Brandenburg tätig sondern vertreiben ihre Produkte auf der ganzen Welt. Das unterstützen wir.

Begründung

Es braucht einmal den Hinweis, dass Berliner Unternehmen zum Teil hochspezialisiert sind und ihre Produkte (beispielsweise Medizinprodukte zur Bekämpfung von seltenen Krebserkrankungen unter zielgenauer Einsetzung von radioaktiver Bestrahlung) und tragen so zu einer größeren Wertschöpfung bei. Dafür braucht es aber zum Teil Unterstützung, um auf anderen Märkten Fuß zu fassen.

Unterstützer*innen

David Braun (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte)

L-1-036: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 35 bis 37 einfügen:

Einsatz und Verzicht auf persönliche Flexibilität erfordern, müssen vom Wirtschaftswandel profitieren. Dafür müssen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen müssen in diesen Bereichen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

L-1-037: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

profitieren. Politik, Gewerkschaften und Unternehmen müssen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dies sollte mit dem vorrangigen Ziel geschehen, den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand sowie die ökologische Sicherheit zu fördern, für die die Bündnis 90/Die Grünen sich einsetzen.

Begründung

Der eingefügte Satz fügt eine klare Absichtserklärung hinzu, die auf den vorherigen Ideen aufbaut. Er unterstreicht die Bedeutung, dass unsere Bemühungen für wirtschaftlichen Fortschritt eng mit dem Wohl der Gesellschaft und dem Schutz der Umwelt verbunden sind. Die Ergänzung des Satzes dient dazu, unsere Prioritäten zu betonen und sicherzustellen, dass unser Streben nach Veränderung auch das soziale Wohlergehen und die ökologische Sicherheit fördert, wofür wir uns einsetzen.

Unterstützer*innen

Jan Schmid (KV Berlin-Lichtenberg), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Tobias Gürster (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Judith Bonifer (KV Berlin-Lichtenberg)

L-1-041: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Jakob Baum (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 40 bis 42 einfügen:

bezahlbare Mieten, gute Kitas, Schulen, Hochschulen, Orte der Naherholung, soziale und grüne Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, [ein attraktives Mobilitätsangebot des Umweltverbunds](#), kulturelle Angebote und eine internationale Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den rot-grün-rot

Unterstützer*innen

Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-042: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 41 bis 44:

Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, kulturelle Angebote und eine internationale Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den ~~rot-grün-rot~~ wir ab 2016 in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen ~~hat, und~~ haben. So können wir Berlin weiter zu einer lebenswerten, prosperierenden und klimaneutralen Metropole umbauen.

L-1-042-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow)

Von Zeile 41 bis 44:

Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, kulturelle Angebote und eine internationale Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden und diese Faktoren weiter ausbauen will, muss den Weg weitergehen, ~~den rot-grün-rot mit dem Jahrzehnt~~ der unter grüner Regierungsverantwortung mit den entsprechenden Investitionen ~~begonnen hat, und bereits eingeschlagen wurde.~~ Nur so kann Berlin ~~weiter~~vollständig zu einer lebenswerten, prosperierenden und klimaneutralen Metropole ~~umbauen~~werden.

Unterstützer*innen

Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Marie Charlotte Bierganz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Benjamin Budt (KV Berlin-Pankow), Tonia Budelmann (KV Berlin-Pankow), Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Kathleen Rabe (KV Berlin-Pankow), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Frank Geraets (KV Berlin-Pankow), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Lara Liese (KV Berlin-Mitte), Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-043: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 42 bis 44:

Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den rot-grün-rot mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen hat. Um unsere Standortfaktoren zu schützen müssen wir Mieten deckeln, in die öffentliche und soziale Infrastruktur investieren und Berlin weiter zu einer lebenswerten, prosperierenden und klimaneutralen Metropole umbauen.

Unterstützer*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin)

L-1-049: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 48 bis 49 einfügen:

werden. Wir begrüßen, dass der Regierende Bürgermeister das Thema zur Chefsache erklärt hat und stehen als Grüne in den Bezirken und als konstruktive Opposition im Land bereit, an einem Gelingen der Reformen mitzuarbeiten.

L-1-049-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Von Zeile 49 bis 50 einfügen:

Wir wollen, dass die Berliner Landesbetriebe noch viel stärker eine Vorbildfunktion für nachhaltiges Wirtschaften und gute Arbeitsbedingungen einnehmen. Ausgründungen und Tochterunternehmen sind umgehend wieder in die Muttergesellschaft zurückzuführen. Alle Unternehmen, an denen das Land Berlin direkt oder indirekt beteiligt ist, müssen ihre Beschäftigten fair bezahlen; es darf nicht sein, dass der Landesmindestlohn nur mit Zulagen erreicht wird.

Begründung

Das Land Berlin muss Vorreiter sein für Gute Arbeit. Gerade die landeseigenen Unternehmen sollten in ihrer Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung benannt werden. Das betrifft insb. auch die Rückführung von Ausgliederungen und die uneingeschränkte Zahlung des Landesmindestlohns.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Levi Penell (LV Grüne Jugend Berlin), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Jonas Jubitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christiane Fry (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Martin

Reents (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-050: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 50 bis 51 einfügen:

Die Politik muss den Rahmen für die Transformation setzen, wettbewerbliche Anreize für Unternehmen schaffen und dabei konsequent die sozialen Folgen beachten: Der CO2-Preis muss mit einem Klimageld verbunden werden, die Verkehrswende

L-1-050-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 50 bis 51 einfügen:

Die landeseigenen Unternehmen sind wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft, sie haben eine Vorbildfunktion bzgl. Guter Arbeit und Nachhaltigkeit und ihre Leistungen spielen gleichzeitig eine zentrale Rolle für die Transformation der privaten Unternehmen.

Begründung

Staatliche Unternehmen sind Teil der Wirtschaft. Die landeseigenen Unternehmen (es sind weit über 50 u.a. die bundesweit größten wie BSR, Berliner Wasserbetriebe, BVG) werden trotz ihrer zentralen Rolle im Antrag nicht behandelt. Der Satz macht kurz ihre wesentlichen Funktionen deutlich.

L-1-052: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 51 bis 54 einfügen:

Folgen beachten: Der CO2-Preis muss mit einem Klimageld verbunden werden, die Verkehrswende muss so ausgestaltet werden, dass sie für alle bezahlbar ist und mehr Sicherheit und Komfort bedeutet, die energetische Sanierung der Wohnung muss den Mieter*innen zugutekommen und darf nicht zu weiteren Mieterhöhungen und Renditen für private Wohnungskonzernen führen und die Wärmewende muss zur BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, nur wer grün und gerecht

Unterstützer*innen

Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin)

L-1-054: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 53 bis 55 einfügen:

energetische Sanierung der Wohnung muss den Mieter*innen zugutekommen und die Wärmewende muss zur BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, Unternehmen und Gewerkschaften als gleichwertige Partner sieht, nur wer grün und gerecht gleichzeitig handelt, wird der Aufgabe Berlin zukunftssicher umzubauen auch gerecht.

L-1-057: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 57 bis 58 einfügen:

Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen die gesetzliche Mitbestimmung der Belegschaft ermöglichen und gute Löhne zahlen. Schon heute haben Unternehmen, die Nachhaltigkeit als

L-1-065: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 64 bis 66:

und soziale Teilhabe ermöglicht sowie vor Altersarmut schützt. Um das zu ermöglichen, bedarf es einer kontinuierlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens ~~14 Euro~~ 15 Euro, um die Reallöhne trotz der anhaltenden Inflation zu stabilisieren. Gerade in Zeiten der Rezession und sinkenden Wachstums ist es entscheidend, dass

Unterstützer*innen

Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin), Emma Lou Unser (LV Grüne Jugend Berlin), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin)

L-1-073: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 73 bis 77:

Schlecht bezahlte Arbeit ist leider immer noch viel zu oft ~~Frauensache~~ Sache von FLINTA Personen und führt oft zu Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts und Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsnichtkonformität darf es nicht mehr geben; ~~weshalb~~. Deshalb unterstützen wir nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen des Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen, ~~unterstützen~~. Außerdem setzen wir uns für sichere Arbeitsplätze und Arbeitnehmer*innenschutz für alle FLINTA Personen ein.

Unterstützer*innen

Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte)

L-1-073-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 73 bis 75:

Schlecht bezahlte Arbeit ~~ist leider immer noch viel zu oft Frauensache und führt oft zu Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit.~~ betrifft statistisch mehr Frauen als Männer und führt zu Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Da Frauen häufiger geringfügig beschäftigt sind, wollen wir eine gezielte Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter. Der Übergang vom Minijob in eine reguläre Festanstellung muss oberste Priorität haben. Zudem sind Monitoring- und Kontrollmechanismen notwendig, um Ausbeutung und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, vor allem im niedrigschwelligen Bereich, arbeitsrechtlich zu bekämpfen. Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts darf es nicht mehr geben, weshalb wir

Begründung

Viele Frauen sind aus haushalts- und familienbedingten Gründen auf Minijobs angewiesen. Manche üben zwei geringfügige Beschäftigungen, um zugleich über die Runden zu kommen. Gerade Frauen, darunter auch mit Migrationsbiographie und Diskriminierungserfahrung sind auf solche Beschäftigungsverhältnisse angewiesen und zum Beispiel oft von Gewerbetreibenden ausgebeutet, indem sie nicht angemessen bezahlt werden, keinen Anspruch auf Urlaubstage oder deren Auszahlung oder mit Kündigung bedroht werden. Deswegen wäre je nach Situation dringende notwendig, dass Frauen die notwendige und bedarfsgerechte Unterstützung durch die Agentur für Arbeit und Jobcenter und dort auch Schutz bei ausbeuterischen Verhältnissen erhalten. Deswegen sind Kontroll- und Monitoringsmechanismen notwendig, um eben auch die Unterschiede in der Vergütung der Frauen zu beseitigen.

L-1-075: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 74 bis 77:

Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts (Gender-Pay-Gap) darf es nicht mehr geben, ~~weshalb~~. Deshalb wollen wir nachdrücklich die Tarifbindung in Branchen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, ausweiten. Zudem unterstützen wir das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen des Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen, ~~unterstützen~~.

Begründung

Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen hat vielfältige Ursachen, somit braucht es auch vielfältige Lösungsansätze, um sie zu schließen. Dort, wo Tarifverträge gelten, ist die Kluft zwischen den Gehältern bereits heute durchschnittlich 10 Prozentpunkte geringer. Deshalb ist ein Weg die Tarifbindung zu stärken.

L-1-077: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 76 bis 77 einfügen:

nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen des Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen, unterstützen.

Gute Arbeitsbedingungen sollten für alle Menschen gewährleistet sein. Es ist eine große Ungerechtigkeit, dass Menschen mit Behinderung, welche in Werkstätten beschäftigt sind, nicht als Arbeitnehmer*innen gelten. Wir halten es für unhaltbar, dass Menschen mit Behinderung von der Mindestlohnregelung ausgenommen sind. Wir werden auf Bundesebene Druck für einen Mindestlohn für alle machen. Wir erkennen an, dass Werkstätten häufig ihrer Aufgabe, Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, nicht nachkommen. Das liegt daran, dass die Werkstätten sehr gute Arbeiter*innen häufig nicht gehen lassen wollen, da sie das Geschäft sichern. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Werkstätten für Menschen mit Behinderungen regelmäßig kontrolliert und langfristig auf ein Minimum reduziert werden. Wir werden dafür sorgen, dass Unternehmen härter bestraft werden, welche keine Menschen mit Behinderung engagieren. Die aktuellen Geldstrafen sind nicht abschreckend genug. Außerdem wollen wir Beratungseinrichtungen, welche bei dem Übergang in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen, finanziell stärken und bekannter machen.

Unterstützer*innen

Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte), Anton Zagolla (LV Grüne Jugend Berlin), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lisbeth Emely Ritterhoff (KV Berlin-Neukölln)

L-1-091: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte)

Nach Zeile 91 einfügen:

Um gute Arbeitsbedingungen für die Familien in unserer Stadt zu schaffen, ist eine nachhaltige Kinderbetreuungsstruktur unerlässlich. Wir setzen uns daher weiterhin für die Schaffung, den Erhalt sowie die gute Ausstattung von Kindertagesstätten und der Kindertagespflege ein.

Besonders dort, wo Menschen nicht nur die Betreuungs- und Erziehungs-, sondern auch die finanzielle Last für Kinder alleine tragen, wollen wir Unterstützung bieten.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte), Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Vasile-Marian Luca (KV Berlin-Mitte), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Olga Koterewa (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Can Aru (KV Berlin-Pankow), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte)

L-1-094: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 93 bis 98 einfügen:

Arbeitgeber der neuen Zeit gerecht werden und flexibleres Arbeiten, „New Work“ und Homeoffice sowie mobiles Arbeiten ermöglichen. Überdies soll die 4-Tage-Woche in Pilotprojekten getestet werden. Essenziell ist dabei, eine digitale Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeit zu gewährleisten. Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ist eine zwingende Voraussetzung, um verbindliche Vereinbarungen zum orts- und zeitflexiblen Arbeiten sowie neuen Arbeitsplatzmodellen zu ermöglichen und der Überlastung der Beschäftigten vorzubeugen. Jede Aufweichung von

Begründung

Neben Home Office sollte auch ortsflexibles Arbeiten ermöglicht werden. Aufgrund von notwendiger Neugestaltung von Arbeitsplätzen, bspw. aufgrund von Verdichtungen oder der Einrichtung von Co-Working Spaces sind klare Regeln und eine Einbindung geboten.

Unterstützer*innen

Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Dominik Pross (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

L-1-099: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 98 bis 99 einfügen:

ermöglichen und der Überlastung der Beschäftigten vorzubeugen. Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen wir ab.

Für Mitarbeitende sowie Bewerber*innen sind die Themen Diversität, Gerechtigkeit und Inklusion immer bedeutender. Gleichzeitig sind Teams, die hinsichtlich Alter, Geschlecht, Behinderung, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung heterogen sind, erwiesenermaßen erfolgreicher und nachhaltiger. Deshalb wollen wir Berliner Unternehmen unterstützen, Maßnahmen zur Stärkung einer diskriminierungsfreien Betriebskultur zu etablieren - ganz nach den Prinzipien der Charta der Vielfalt.

Begründung

Die Förderung einer Kultur der Vielfalt und Gleichstellung/Gleichbehandlung ist nicht nur die Basis und der Rahmen einer Organisationskultur und eines organisatorischen Settings, wo alle Beschäftigten unabhängig von ihrer Biographie strukturell gleichbehandelt werden und sich gleichberechtigt fühlen und einbringen können, sondern gerade auch die Förderung ihrer diversen Potenziale und Persönlichkeitsstärken, als Ressource für Wachstum und Katalysator von Teams. Zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft gehört die Kultur der Vielfalt als Prinzip der Nachhaltigkeit und zukünftigen Resilienz auf allen Ebenen eines Unternehmens, sowohl im Sinne von energetischen Ressourcen und Digitalisierung von Arbeitsprozessen, als auch zur Sicherung des Wachstums und Stabilität.

L-1-100: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte)

In Zeile 100 einfügen:

Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

Begründung

Wir müssen für eine erfolgreiche Transformation Fachkräfte nicht nur gewinnen und halten - wir müssen diese unbedingt auch hier in Berlin ausbilden. Hierfür gilt es die notwendigen Rahmenbedingungen zuschaffen - weitere Ausführungen im Folgeantrag.

Unterstützer*innen

Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Nadine Guenther (KV Berlin-Mitte), Elisabeth Misselwitz (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Louisa-Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte), Robert Losensky (KV Berlin-Spandau), Oda Hassepaß (KV Berlin-Pankow), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Christopher Schulze Kökelsum (KV Berlin-Mitte), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-108: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 107 bis 109 einfügen:

Herausforderungen. Um dem Berliner Fach- und Arbeitskräftebedarf zu begegnen, fordern wir vom Senat, eine Koordinierungsstelle zur Behebung des Arbeits- und Fachkräftemangels einzurichten, um so die Zusammenarbeit von Verwaltung, Unternehmen und Bildungsträgern zu stärken.

Begründung

Gaststätten müssen Öffnungszeiten einschränken oder auch Bäcker setzen verstärkt auf Selbstbedienung - nicht mehr nur der Fachkräftemangel beschäftigt bereits heute Unternehmen, sondern ganz allgemein der Mangel an Arbeitskräften, so schreibt es u.a. der rbb. Daher muss neben den Fachkräften auch eine ganz allgemeine Bekämpfung des Arbeitskräftemangels im Fokus stehen.

Quelle: u.a. <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2023/01/fachkraefte-mangel-demographie-ueberalterung-berlin-brandenburg.html>

Unterstützer*innen

Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Elisabeth Misselwitz (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), David Jonathan Brough (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Louisa-Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte), Robert Losensky (KV Berlin-Spandau), Oda Hassepaß (KV Berlin-Pankow), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Christopher Schulze Kökelsum (KV Berlin-Mitte), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-115: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 114 bis 116 einfügen:

Klimaberufe sein, das dazu beiträgt, die Berufsbilder bekannter zu machen und Interesse zu wecken - **insbesondere bei dort bisher unterrepräsentierten Gesellschaftsgruppen**. Zudem soll der Senat die Einrichtung eines „OSZ Klimaberufe“ prüfen. Im Rahmen der Transformation werden sich neue Berufsbilder ergeben, die auch die Entwicklung neuer

Begründung

Gerade Frauen und FLINTA-Personen sind in transformativen Berufsfeldern wie dem Energiesektor bisher stark unterrepräsentiert.

Unterstützer*innen

Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Dominik Pross (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

L-1-127: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 126 bis 129 einfügen:

wollen wir Ausbildungscoaching und eine verbindliche Berufsorientierung im letzten Schuljahr einführen. Für Arbeitnehmer*innen in körperlich oder psychisch fordernden Berufen fordern wir ein Angebot an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sowie einen besseren Einsatz von Rehabilitationsmaßnahmen, um im Fall einer körperlichen Beeinträchtigung, die die weitere Ausübung des Berufs verhindert, eine Weiterbeschäftigung

Begründung

Trotz allen technischen Fortschritts können zu viele Menschen ihren Beruf nicht ihr ganzes Berufsleben lang ausüben. Die hohe körperliche Belastung geht häufig auf Rücken und / oder Gelenke. In den letzten zwei Jahrzehnten haben psychische Belastungen allerdings stark an Bedeutung zugenommen. Inzwischen sind psychische Erkrankungen der häufigste Grund für einen beruflich bedingten Rehabilitations-Bedarf und Erwerbsunfähigkeit. Um mehr Menschen im Erwerbsleben zu halten, müssen die Angebote medizinischen und beruflichen Rehabilitation häufiger und besser zum Einsatz kommen.

Unterstützer*innen

Birger Dölling (KV Berlin-Mitte), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Sandra Stahlschmidt (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Anne Speck (KV Berlin-Mitte), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-128: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 127 bis 129 einfügen:

einführen. Für Arbeitnehmer*innen in körperlich fordernden Berufen fordern wir ein Angebot an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten, um im Fall einer körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung, die die weitere Ausübung des Berufs verhindert, eine Weiterbeschäftigung

Begründung

Auch hier sollten verschiedene Formen von Beeinträchtigungen erwähnt werden, da psychische Beeinträchtigungen immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Unterstützer*innen

Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Birger Dölling (KV Berlin-Mitte), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Sandra Stahlschmidt (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-131: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 130 bis 131 einfügen:

innerhalb des Betriebs zu ermöglichen. Dafür muss das Land Weiterbildung und Umschulungen stärker fördern und monetär unterstützen. Um auch Menschen mit Behinderungen, die (noch) nicht am Erwerbsleben teilnehmen, es aber wollen, als Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen, sind stärkere Anstrengungen der Agenturen für Arbeit, Jobcenter, des Inklusionsamtes sowie weiterer Stellen auf Landes- und Bundesebene notwendig.

Begründung

Die stärkere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist nicht nur eine soziale Frage. Hier ist ein ungenutztes Potenzial an Arbeits- und Fachkräften, das deutlich größer ist, als es die Zahl der arbeitslos gemeldeten schwerbehinderten Menschen vermuten lässt. Um diesen Menschen den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu öffnen, sind mehr Anstrengungen erforderlich.

Unterstützer*innen

Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte), Birger Dölling (KV Berlin-Mitte), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Sandra Stahlschmidt (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Anne Speck (KV Berlin-Mitte), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-132: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei)

Von Zeile 132 bis 133 löschen:

Menschen, die nach Berlin einwandern, sollen einer Arbeit nachgehen können, ~~wenn sie wollen~~. Auf Bundesebene wurde ein Einwanderungsgesetz beschlossen, das neue Zugangswege für

Begründung

Arbeit ist wichtiger Strukturgeber, erleichtert den Spracherwerb und die Intergration. Die Betonung auf "wenn sie wollen" finde ich hier überflüssig, da wir als Gesellschaft daran interessiert sein sollten, Menschen eine Tätigkeit zu ermöglichen, die ihren körperlichen und psychischen Fähigkeiten entspricht.

Unterstützer*innen

Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-139: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden. In diesem Sinne fordern wir eine konsequente und effektive Implementierung der staatlich geförderten Maßnahmen rund um Beratungs- und Hilfestrukturen (z.B. Willkommenszentrum der SenASGIVA). Diese wollen wir bündeln, um die Potenziale des neu verabschiedeten Chancenaufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zu nutzen. So können wir die berufliche Teilhabe von Menschen, die bereits in der Berliner Stadtgesellschaft leben, fördern.

Begründung

Die neuen Regulierungen zum Chancenaufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht schaffen bei Bündelung von Willen seitens der Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen, Industrie- und Handelskammer sowie Arbeitsagenturen und Jobcenter die notwendigen Grundlagen, den Menschen mit Flucht- und Zuwanderungserfahrung, die gerade seit Jahren in Duldungsketten und gesellschaftlicher Resignation verweilen, ihnen eine würdige Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dies bedeutet zugleich, die Vereinfachung des Prozedere zur Anerkennung der beruflichen Qualifikationen, die sie in ihren Heimatländern erworben haben.

L-1-139-3: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden.

Ein weiteres großes Potenzial für den Berliner Arbeitsmarkt können wir durch die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen heben. Das setzt die richtigen Strukturen und Chancengleichheit voraus. Die Kapazitäten für Kitas und Schulen müssen ausgebaut und die Qualität in der Betreuung der Kinder kontinuierlich erhöht werden. Auch Angebote für Pflegebedürftige müssen erweitert werden, um Familien bei der Betreuung von Angehörigen entlasten. Zudem setzen wir mit präventiven Maßnahmen auf die Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder ins Studium. Auch den Frauenanteil in Führungspositionen in Berliner Unternehmen wollen wir weiter erhöhen. Vor allem die Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten mit Frauen sollen die Zielvorgaben des Zweiten Führungspositionengesetz (FüPoG II) und des Landesgleichstellungsgesetz (LGG) erreichen.

Begründung

Die Förderung der Teilhabe von Frauen soll präventiv angegangen werden und daher sind bedarfsgerechte Angebote für Mädchen und junge Frauen schon beim Übergang von Schule in eine Ausbildung oder ins Studium erforderlich, um ihnen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Wahrnehmung von Intersektionalität und diverser Lebensbiographien von Mädchen und Frauen sind bei ihrer gleichberechtigten Förderung ins Berufsleben. Die Vorteile von ausgewogen besetzten Führungsgremien sind nachgewiesen, zudem ist dies auch ein weiterer Baustein, um das Gender-Pay-Gap zu schließen. Entsprechende Regelungen und Gesetze wurden deshalb verabschiedet und müssen von Berliner Unternehmen erfüllt werden. Dazu gehört es auch, dass Unternehmen die Karrieren von aktiv

fördern.

L-1-139-4: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 139 bis 140 einfügen:

Die Berliner Wirtschaft benötigt außerdem exzellent ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte, welche für die Herausforderungen und Anforderungen einer digitalisierten Wirtschaft gerüstet sind. Hier wollen wir bereits in der ersten Bildungsphase - in Kitas, Grundschulen, weiterführenden Schulen und Berufsschulen - junger Menschen ansetzen. Wir wollen uns dafür einsetzen, mit einem Pilotversuch an Berliner Schulen ein Schulfach einzuführen, das sich der digitalen Bildung widmet. Schüler*innen sollen dadurch Wissen in der Informatik und digitalen Technologien aufbauen, das sie darauf vorbereitet, wie Sie mithilfe digitaler Technologien wirtschaftliche und besonders ökologische Fragestellungen beantworten können.

Begründung

Die Digitalisierung ist ein grundlegender Baustein für die nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft. Die Fach- und Arbeitskräfte von morgen, egal ob in der Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung oder Kultur müssen dafür gerüstet sein, den Herausforderungen, welche mit der Digitalisierung einhergehen, begegnen zu können. Neben grundlegenden Kompetenzen in der Informatik muss es darum gehen, digitale Technologien und deren Anwendung zu verstehen, um aus jungen Schüler*innen digital "mündige" Bürger*innen zu machen. Nur so ist ein zielgerichteter Einsatz der Digitalisierung für den nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft möglich.

Unterstützer*innen

Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte), Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte), Marie Bierganz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte)

L-1-139-5: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte)

Nach Zeile 139 einfügen:

Berlin ist Deutschlands Startup-Hochburg und Gravitationspunkt für internationale Gründer*innen, Investor*innen und innovative Unternehmen*innen. Um diesen Status zu festigen und auszubauen, bedarf es einer gezielten Unterstützung von Startups, Inkubatoren und Accelerator-Programmen, die darauf abzielt, internationale Fachkräfte und hochqualifizierte Talente für Berlin zu begeistern. Eine effiziente, digitale Verwaltung, englischsprachige Kinderbetreuung und Schulen sowie eine allgemeine Willkommenskultur sind hierbei Schlüsselfaktoren. Diese Maßnahmen sollten nicht nur im Bereich der Startups, sondern auch in anderen Bereichen, bspw. im Gesundheitswesen, greifen. Die Verwaltung sollte nicht als Hindernis, sondern als Unterstützung wahrgenommen werden, indem sie Menschen dabei hilft, ihre Qualifikationen rasch anerkennen zu lassen und eine erfolgreiche berufliche Integration zu ermöglichen. Ebenso sollten Schlüsselbranchen wie Banken als zentraler Wirtschaftsakteur ihre Digitalisierungsvorhaben deutlich beschleunigen und wo möglich entsprechende Verwaltungs- und regulatorische Hürden ausgeräumt werden. Nur durch solch umfassende Maßnahmen kann Berlin seine Position als globales Zentrum für Innovation und unternehmerische Tatkraft stärken.

Begründung

Die Treiber der Wirtschaft und Innovation in Berlin sind unter anderem die hier ansässigen sehr erfolgreichen Startups. Nicht nur innerhalb Deutschlands zieht Berlin einen Großteil der Investor*innen-Gelder an, sondern auch auf europäischer Ebene ist Berlin ein zentraler Player. Neue, innovative und gerade auch im Bereich Climate Tech aktive Unternehmen zieht es u.a. nach Berlin aufgrund seines internationalen Charakters. Diesen gilt es nicht nur zu bewahren, sondern die Einwanderung von Fachkräften und Talenten weiter zu vereinfachen, indem zentrale Bereiche des Alltags konsequent digitaler gestaltet werden - über die Anmeldung eines Wohnsitzes, bis hin zur digitalen Eröffnung eines Bankkontos.

Unterstützer*innen

Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), David Jonathan Brough (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), David Schönwerth (KV Berlin-Mitte), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Louisa-Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Sebastian Sooth (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

L-1-139-6: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden.

Die Kinder von heute, sind die Fachkräfte von morgen. Kitas sind für uns Grüne zentrale Orte der frühkindlichen Bildung. Die frühe Förderung der sprachlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen und den Sprachfördergruppen der Bezirke ist für uns essentiell wichtig, um endlich Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen. Doch auch Armut verhindert Bildung und schadet dem Berliner Arbeitsmarkt der Zukunft. Deswegen unterstützen wir unsere Familienministerin Lisa Paus darin, auf Bundesebene Kinder und ihre Eltern finanziell zu entlasten.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Olga Koterewa (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Can Aru (KV Berlin-Pankow), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte)

L-1-139-7: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden.

Damit geflüchtete und einwandernde Personen überhaupt das Hilfe-, Arbeits- und Bildungssystem nutzen können, braucht es mehrsprachige und niedrigschwellige Beratungsangebote. Diese müssen nicht nur Broschüren liefern, sondern es muss im persönlichen Kontakt weitervermittelt und unterstützt werden, z.B. auch bei dem Schreiben von Bewerbungsschreiben und Lebensläufen.

Wir müssen unsere Volkshochschulen, Sprachförderzentren und freien Träger stärken, um die Sprachförderung teilnehmendenorientiert zu gestalten und bessere Arbeitsbedingungen für Sprachlehrer*innen schaffen. Es braucht Berufssprachkurse, die fachspezifisch fördern und bei denen Fachexpert*innen und Sprachlehrer*innen gemeinsam unterrichten. Sprachkurse müssen zu unterschiedlichen Tageszeiten angeboten werden, damit alle Menschen an ihnen teilnehmen können. Zuletzt müssen Prüfungsvorbereitungen endlich außerhalb von Ferien stattfinden.

Unterstützer*innen

Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte), Katharina Fischer (KV Berlin-Mitte)

L-1-141: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 140 bis 143:

Neben einem attraktiven Arbeitsplatz zählt die erschwingliche Wohnung zu den harten Standortfaktoren, um gut ausgebildete Fachkräfte anwerben und halten zu können. Berlin braucht daher eine massive Bauoffensive, um dem kontinuierlich steigenden Bedarf an Wohnraum über alle Einkommensgruppen hinweg, insbesondere aber für Menschen mit niedrigem Einkommen, gerecht zu werden. Angebotsfördernde Maßnahmen, welche im Gleichschritt für die Schaffung sozialen Wohnraums sorgen müssen, stellen wir in den Fokus. Wir unterstützen ~~die neuen~~ daher neue Initiativen verschiedener Unternehmen, Werkwohnungen für ihre Beschäftigten zu schaffen. Um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen, fordern

Begründung

Verfügbarer und bezahlbarer Wohnraum muss über alle Einkommensgruppen hinweg bereitgestellt werden. Neben regulatorischen Maßnahmen wie der in Berlin geltenden Mietpreisbremse müssen wir konsequent auf angebotsfördernde Maßnahmen setzen. Nur neu geschaffener Wohnraum, ob durch die Ausweisung von weiterem Bauland oder einer Dachgeschossausbauoffensive wird zur Linderung des Wohnungsmangels beitragen.

Unterstützer*innen

Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Elisabeth Misselwitz (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), David Jonathan Brough (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Louisa-Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-143: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 142 bis 144 einfügen:

unterstützen die neuen Initiativen verschiedener Unternehmen, Werkwohnungen für ihre Beschäftigten zu schaffen. Dabei ist es wichtig, die dadurch steigende Abhängigkeit von Beschäftigten von ihren Arbeitgebern im Blick zu behalten.

Begründung

Einige Betriebe begegnen dem Fach- und Arbeitskräftemangel damit, dass sie (günstige) Wohnungen zur Verfügung stellen, um potenzielle Bewerber*innen anzuziehen. Werks- oder Dienstwohnungen haben eine lange Tradition. U.a. widmen derzeit Alten- und Pflegeheime Wohnungen für Alte um und vergeben sie an anzuwerbende Pflegekräfte. Wohnraum wird von Arbeitgebern in unterschiedlichen Formen bereit gestellt. Werkwohnungen haben nicht nur Vorteile. Für Mieter*innen stellt sich die Frage: **Mieterschutz** ja oder nein, ist der **Mietvertrag mit dem [Arbeitsvertrag](#)** gekoppelt, kann der **Vermieter** (Arbeitgeber) einfach kündigen. Auf die genaue Ausgestaltung kommt es an, damit Werkwohnungen nicht zum Nachteil für Beschäftigte werden.

L-1-144: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:

Beschäftigten zu schaffen. Um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen, fordern wir die Einrichtung eines Azubi-Werks in Berlin.

Arbeitslosigkeit überwinden - Berliner Jobgarantie schaffen

Die Zahl der arbeitslosen Personen steigt. Die Arbeitslosenquote liegt in Berlin nun bei 9,2 Prozent. Vor einem Jahr lag sie bei 8,7 Prozent.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armut, aber auch Isolation & negative Auswirkungen auf soziale Teilhabe und Gesundheit. Viele arbeitslose Menschen würden gerne arbeiten, aber finden einfach keinen oder keinen passenden Job. Gleichzeitig zwingt die Angst vor Arbeitslosigkeit und dem Hartz IV-System viele Menschen in prekäre und schlecht bezahlte Jobs.

Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer Jobgarantie im Land Berlin ein. Damit wollen wir allen Menschen ein Angebot für einen gut bezahlten und sinnvollen Job machen. So bekämpfen wir prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne, schaffen unfreiwillige Arbeitslosigkeit ab, sorgen für mehr Gerechtigkeit, und sorgen dafür, dass alle Menschen, die arbeiten möchten, das tun können!

Ein Ersatz für absichernde Sozialleistungen oder einen starken öffentlichen und privaten Arbeitsmarkt ist die Jobgarantie nicht – und ganz sicher keine Arbeitspflicht. Sie ist das Versprechen, dass der Staat genug Arbeit bereitstellt, wenn der Privatsektor dazu nicht in der Lage ist – und das mit positiven Auswirkungen für uns alle!

Wir möchten zudem spezielle Angebote für Langzeitarbeitslose schaffen, die ihnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Es bedarf Beratungsstellen, die sensibilisiert mit Betroffenen umgehen und abseits von Vorurteilen die Menschen

unterstützen und betreuen. Wir wollen es Betroffenen mithilfe von Peer-Konzepten leichter machen, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Unterstützer*innen

Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte), Bennet Noah Dyllong (LV Grüne Jugend Berlin), Jasper Hahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte)

L-1-147: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 146 bis 148:

Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler ~~Industrien~~Unternehmen erleichtert und Rahmenbedingungen schafft, um die Wirtschaft der Hauptstadt nachhaltig und

Begründung

Hier sollte es allgemeiner um die Ansiedlung von Unternehmen in Berlin und nicht nur um die der - unbestritten wichtigen - Industrieunternehmen gehen.

L-1-148: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 147 bis 149 einfügen:

setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler Industrien erleichtert und Rahmenbedingungen schafft, sowie Anreize und Standortsicherheit für unternehmerische Investitionen. um die Wirtschaft der Hauptstadt nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten.

L-1-148-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 147 bis 149 einfügen:

setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler Industrien erleichtert und verlässliche Rahmenbedingungen schafft, um die Wirtschaft der Hauptstadt nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten.

Begründung

Politik muss verlässliche Rahmenbedingungen setzen. Unter dem aktuellen Senat wackelt der Klimakonsens und damit auch die Verlässlichkeit von Klimaschutzregeln. Fatal für ökologische Investitionsentscheidungen, die sich oftmals erst mittelfristig auszahlen. Hier braucht es klare Zusagen für die flankierenden Programm wie zum Beispiel Green Hospital, was aktuell gestrichen ist, und gleichzeitig verbindliche Zielzahlen, für die es sich lohnt und zum Wettbewerbsvorteil wird beispielsweise den eigenen Fuhrpark als Pflegeunternehmen elektrisch aufzustellen.

Wir Grüne sind verlässliche Klimaschutzpartner. CDU und SPD sind es nicht. Das sollten wir auch so benennen.

Unterstützer*innen

Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

L-1-157: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 157 bis 158:

Private Unternehmen tragen die Verantwortung für die Wertschöpfung in unserer Stadt. Unternehmer*innen vom Kleinstgewerbe im Kiez bis zur international agierenden Firma haben unsere Wertschätzung. Sie stehen täglich vor ~~der Herausforderung~~, vielfältigen Herausforderungen, so auch ihre eigenen Produktions- und Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten. Insbesondere kleine und mittelständische

L-1-158: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 157 bis 161:

Private Unternehmen stehen vor der Herausforderung, ihre eigenen Produktions- und Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten. ~~Inbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen gezielte Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen.~~ Teile der kleinen und mittelständischen Unternehmenn brauchen bei ihrem Umbau und ihren Investitionen in klimaneutrale Anlagen gezielte Unterstützung. Es ist vor allem wichtig, die Branchen im Transformationsprozess voranzubringen, die beim Klimaschutz vor besonderen Herausforderungen stehen und die für die Pariser Klimaziele von entscheidender Bedeutung sind.

Begründung

Es brauchen nicht alle Berliner KMU staatliche Unterstützung bei der Transformation. Manche sind schon lange auf dem Weg, andere sind Treiber, Champions oder Gewinner der Transformation. Andere vollziehen den Wandel unternehmerisch selbstständig. Der Staat setzt den Rahmen durch Anreize und Ordnungspolitik und er kann auch fördern, u.a. durch Beratung + Finanzierung. Letzteres brauchen bei weitem nicht alle KMU.

L-1-160: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 159 bis 162:

Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen gezielte Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen. Zugleich sind wir uns darüber bewusst, dass nicht alle Anlagen klimaneutral werden können. Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) muss ~~deshalb~~ zu einem starken Instrument der Transformation werden. Die Kredit- und Förderprogramme müssen konsequent an den Klimazielen und den

L-1-160-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 159 bis 162:

Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen gezielte Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen.[Zeilenumbruch] Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) muss ~~deshalb~~ zu einem starken Instrument der Transformation werden. Die Kredit- und Förderprogramme müssen konsequent an den Klimazielen und den

Begründung

Die landeseigene Förderbank "Investitionsbank Berlin (IBB)" hat aktuell mehr Aufgaben als KMU-Finanzierung und -förderung (nämlich Energiehilfen, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung und Immobilienförderung) und sie hat ein Mandat, dass ihr generell eine breitere Rolle als wirtschaftspolitisches Instrument in der Transformation ermöglicht. Deswegen sollte die Rolle der IBB hier nicht verengt dargestellt werden.

L-1-174: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 173 bis 176:

Darüber hinaus möchten wir Green StartUps fördern, die mit innovativen Ideen und Produkten den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft ebnen. Dies umfasst ~~den~~ neben dem Zugang zu Finanzierung, sowie zu Beratungs- und Netzwerkangeboten, die jungen Unternehmen helfen, sich am Markt zu etablieren und zu expandieren. auch die Bereitstellung grundlegender Infrastruktur. Berlin benötigt nicht nur einen lückenlosen 5G-Empfang, sondern insbesondere auch den vollständigen Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur in der gesamten Stadt.

Begründung

Die Verfügbarkeit schneller und zuverlässiger Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung für den Betrieb zukunfts- und wettbewerbsfähiger Unternehmen. Darüber hinaus ist die im internationalen Vergleich rückständige Infrastruktur ein Faktor, der dem Image des Standorts bei international mobilen Fachkräften massiv schadet.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte), Florian Maaß (KV Berlin-Mitte), Louisa-Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte)

L-1-180: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow)

Von Zeile 179 bis 181 einfügen:

Inkubatoren für nachhaltige Innovationen und grüne Geschäftsmodelle werden, die Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft miteinander vernetzen und Synergien schaffen. Im Zusammenspiel mit dem von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe etablierten "Einheitlichen Ansprechpartner Berlin" sollen sie zu Anlaufstellen für Gründungsberatung, -förderung und -anmeldung werden. Ziel ist es, den Gründungsprozess für Gründungswillige weiter zu vereinfachen und Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden zu ermöglichen. Hier kann das Institut für Angewandte Forschung Berlin (IFAF Berlin) eine zentrale Rolle spielen und den

Begründung

Angehende Gründer*innen stehen häufig vor einem verwirrenden Geflecht an Regelungen, zuständigen Organisationen und Fristen, welche den Gründungsprozess unnötig erschweren. Der Koalitionsvertrag der Ampel (<https://cms.gruene.de/uploads/documents/Koalitionsvertrag-SPD-GRUENE-FDP-2021-2025.pdf>, Seite 30) fordert deshalb: "Wir schaffen die Voraussetzungen für flächendeckende „One Stop Shops“, also Anlaufstellen für Gründungsberatung, -förderung und -anmeldung. Ziel ist es, Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden zu ermöglichen." Der Änderungsantrag übernimmt diese Forderung für Berlin.

Unterstützer*innen

Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte), David Jonathan Brough (KV Berlin-Mitte), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Taylan

Kurt (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Florian Maaß (KV Berlin-Mitte), Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg)

L-1-184: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Von Zeile 184 bis 187:

~~Wir erwarten, dass das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“ so genutzt wird, dass es klimaneutrales Wirtschaften befördert; die Mittel müssen jedoch zusätzlich zu bisherigen Maßnahmen im Regelhaushalt sein und dürfen diese nicht ersetzen. Sie~~
Wir setzen uns dafür ein, dass die im Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“ vorgesehenen Mittel für zusätzliche, bisher nicht im Regelhaushalt eingeplante Maßnahmen eingesetzt werden. Angesichts der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds sollte die Bereitstellung der im Sondervermögen veranschlagten Mittel in der Berliner Verfassung abgesichert werden. Die aus dem Sondervermögen finanzierten Maßnahmen müssen zudem eine hohe klimaschützende Wirkung haben. Der Forderung aus der Zivilgesellschaft, dass bei

Begründung

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. 11. 2023 zum Klima- und Transformationsfonds des Bundes hat gravierende Auswirkungen auch auf den Berliner Haushalt. Betroffen davon ist insbesondere das vom Senat angekündigte Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“. Zwar hat das BVerfG nicht jegliche, für bestimmte Zwecke vorgesehene Sondervermögen ausgeschlossen. Aber es hat deutlich gemacht, dass die zur Begründung des Klima- und Transformationsfonds vorgetragene Argumente unzureichend waren und dass die Einrichtung des Fonds gegen verfassungsrechtlich bindende haushaltsrechtliche Vorgaben verstoßen hat. Um die mit einem möglichen Wegfall des Sondervermögens drohenden negativen Folgen für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur ökologischen Transformation der Wirtschaft zu vermeiden, wäre dessen Absicherung in der Berliner Verfassung erforderlich (ähnlich wie dies auf Bundesebene beim Sondervermögen „Bundeswehr“ erfolgt ist).

Unterstützer*innen

Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei), Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf),
Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Franziska
Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Peter Schrage-Aden (KV Berlin-
Charlottenburg/Wilmersdorf), Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

L-1-185: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen André Schulze (KV Berlin-Neukölln)

Von Zeile 184 bis 189:

Wir erwarten, dass das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“ so genutzt wird, dass ~~es klimaneutrales Wirtschaften befördert;~~ die Mittel ~~müssen jedoch stets~~ zusätzlich zu bisherigen Maßnahmen im ~~Regelhaushalt sein~~ Kernhaushalt sind und ~~dürfen diese nicht ersetzen~~ keine Verlagerung von Maßnahmen aus dem Kernhaushalt erfolgt. ~~Sie~~ Alle Maßnahmen müssen zudem eine nachgewiesene hohe klimaschützende Wirkung haben. Der Forderung aus der Zivilgesellschaft, dass bei der ~~Verausgabung~~ Auswahl der ~~Mittel und Maßnahmen und~~ der Überprüfung von deren Wirksamkeit Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden sein sollen, schließen wir uns an. Der Fokus des Sondervermögens muss dabei auf den landeseigenen Investitionen liegen. Dort wo Förderprogramme für die Wirtschaft etabliert oder ausgebaut werden, muss durch die Programme klimaneutrales Wirtschaften gefördert werden. Es ist richtig, dass der Senat vor dem Hintergrund des Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds ein weiteres Gutachten zur Ausgestaltung des Sondervermögens angekündigt hat. Der Gesetzentwurf muss im Anschluss an das Gutachten überarbeitet und unter Berücksichtigung des Urteils verfassungskonform ausgestaltet werden.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Alexander Czempas (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg)

L-1-189: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 188 bis 189 einfügen:

der Verausgabung der Mittel und der Überprüfung von deren Wirkmächtigkeit Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden sein sollen, schließen wir uns an. Wenn die Rechtmäßigkeit des Sondervermögens im Lichte des Verfassungsgerichtsurteils in Frage gestellt wird, fordern wir eine Anpassung des Haushalts, um die für den sozialverträglichen und klimaneutralen Umbau der Stadt und ihrer Wirtschaft notwendigen Investitionen zu finanzieren.

L-1-210: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 209 bis 211 einfügen:

wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter*innen in die Lage versetzen, fundierte Entscheidungen nach wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kriterien zu treffen. Dass wir Beschaffungsvorgänge anwendungsfreundlicher gestalten und Bürokratie abbauen

L-1-213: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:

müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die öffentliche Auftragsvergabe muss dabei auch auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet sein.

Zudem soll Berlin seine Marktmacht im Rahmen der öffentlichen Beschaffung stärker für die Förderung klimaneutraler Dienstleistungen und Waren nutzen und das existierende öko-soziale Beschaffungswesen zu einer klimaneutralen Beschaffung weiterentwickeln. Erstmals 2025 sollen Kriterien zur Berücksichtigung aller THG-Emissionen, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette durch die zu beschaffenden Produkten und Dienstleistungen entstehen, bei der Vergabe von Aufträgen an Unternehmen eine Rolle spielen. Die Gewichtung dieses Kriteriums und das damit einhergehende Ziel einer klimaneutralen Beschaffung soll Jahr für Jahr zunehmen und schließlich dazu führen, dass Berlin ab Beginn des nächsten Jahrzehnts nur noch klimaneutral beschafft, wie dies z.B. auch der National Health Service im Vereinigten Königreich anstrebt.

Begründung

Wie es auf berlin.de unter der Überschrift nachhaltige Beschaffung heißt: "Für vier bis fünf Mrd. Euro beschafft das Land Berlin jedes Jahr Liefer-, Bau- und Dienstleistungen. Damit ist eine große Marktmacht und hohe Verantwortung der öffentlichen Hand verbunden." Diese Marktmacht sollte das Land nutzen und mit dem klar kommunizierten Ziel der klimaneutralen Beschaffung und einer schrittweisen Umsetzung Lieferanten in allen Branchen dabei unterstützen, klimaneutral zu werden.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Louisa-

Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-213-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 213 bis 214 einfügen:

Die Berliner Landesbeteiligungen sollen zudem mit gutem Beispiel vorangehen und sich ambitionierte Klimaneutralitätsprogramme vornehmen, die vollständige Klimaneutralität entlang der gesamten Wertschöpfungskette im Einklang mit dem 1,5-Ziel konkret anstreben. Zu diesem Zweck soll der Senat das Instrument der Klimaschutzvereinbarungen aus dem Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz konsequent nutzen und bis Ende 2024 mit allen Beteiligungsunternehmen solche Vereinbarungen schließen.

Begründung

Von den in der [Beteiligungsdatenbank des Landes Berlin - Berlin.de](#) geführten Beteiligungen hat ein großer Teil ausweislich der Liste [Klimaschutzvereinbarungen des Landes Berlin - Berlin.de](#) aktuell keine Klimaschutzvereinbarung mit dem Senat geschlossen oder die geschlossene Vereinbarung beinhaltet kein klares Ziel von Netto Null Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Ein solches Ziel ist aber für die notwendige Klimaneutralität unabdingbar. Um die Transformation glaubwürdig voranzutreiben muss der Senat aber in seinem unmittelbaren Einflussbereich das vorhandene Instrumentarium konsequent nutzen und mit seinen Beteiligungen einen klaren Pfad zur vollständigen Klimaneutralität vereinbaren.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Louisa-Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-213-3: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow)

Von Zeile 212 bis 213 einfügen:

müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die öffentliche Auftragsvergabe muss dabei auch auf kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Startups und junge Unternehmen ausgerichtet sein. Wir ermöglichen deshalb einen vereinfachten, rechtssicheren Zugang für solche Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen in Berlin.

Begründung

Kleine und junge Unternehmen haben nicht die gleichen Möglichkeiten und Ressourcen wie etabliertere Unternehmen, um sich an Ausschreibungen zu beteiligen. Das führt strukturell dazu, dass sich auf Vergaben der öffentlichen Hand tendenziell eher große Firmen und Konzerne bewerben. Der Koalitionsvertrag der Ampel fordert deshalb: "Wir ermöglichen einen vereinfachten, rechtssicheren Zugang für Startups und junge Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen."

(<https://cms.gruene.de/uploads/documents/Koalitionsvertrag-SPD-GRUENE-FDP-2021-2025.pdf>, Seite 30). Der Änderungsantrag übernimmt diese Forderung für Berlin.

Unterstützer*innen

Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christian Fink (KV Berlin-Mitte), David Jonathan Brough (KV Berlin-Mitte), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), David Braun (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Peter Michael Ruff (KV Berlin-Kreisfrei), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Manfred

Herrmann (KV Berlin-Neukölln), Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte), Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg)

L-1-220: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 219 bis 221 einfügen:

Grüne Finanzpolitik kann entscheidend dazu beitragen, das gesellschaftliche Zusammenleben und die Transformationsprozesse aktiv zu gestalten. Die 2022 in Kraft getretene EU-Taxonomie, die ein finanzpolitisches Klassifizierungsinstrument für die Klimawirksamkeit von Wirtschaftsaktivitäten darstellt, wird auch in Berlin eine große Wirkung entfalten. Bei der Umsetzung wollen wir die Unternehmen unterstützen. Für eine Weiterentwicklung der Taxonomie raus aus Atom und Gas, sowie rein in den Bereich soziale Ziele, setzen wir uns auf europäischer Ebene ein.

Grüne Finanzpolitik ist aber mehr: Hierzu sind neben der Förderung nachhaltiger Unternehmen auch Investitionen in eine klimaneutrale öffentliche

Begründung

Die Taxonomie stellt viele Unternehmen vor große Herausforderungen. Sie müssen für eigene Schulden ihre Klimawirksamkeit klassifizieren. Das ist gut und richtig, aber ein großer Aufwand, auch bei der Frage, welchen Standard man nimmt etc. Hier muss die Politik einen verlässlichen Rahmen bieten und gemeinsam mit der IBB, der IHK und anderen Stakeholdern Informationen zur Umsetzung der EU Taxonomie verbreiten. Die LBBW informiert auf ihrer Webseite ausführlich:

https://www.lbbw.de/perspektiven/themenspecials/fit-for-55/eu-taxonomie/eu-taxonomie_aepoiou3ap_d.html

Unterstützer*innen

Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

L-1-228: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Peter Schaar (KV Berlin-
Charlottenburg/Wilmersdorf)

Von Zeile 227 bis 230:

Schuldenaufnahme zu kommen, welche dem Landes- und den Bezirkshaushalten die Möglichkeiten einräumt, die staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen und zu verbessern. ~~Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden.~~

Wir sehen uns durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Innovationsfonds in unserer Kritik an der unflexiblen, im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse bestätigt. Sie schränkt den staatlichen Handlungsspielraum für die dringend erforderliche sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft massiv ein und gefährdet so die Durchsetzung der Klimaziele und deren soziale Absicherung. Wir erinnern daran, dass das Bundesverfassungsgericht in einer anderen Entscheidung dem Klimaschutz Verfassungsrang eingeräumt hat. Wir treten deshalb für dafür ein, die verfassungsrechtlichen Regeln für die staatliche Kreditaufnahme grundlegend so zu überarbeiten, dass sie die längerfristige Finanzierung der für den sozial-ökologischen Umbau erforderlichen Investitionen in Bildung und Forschung sowie der Maßnahmen zum Klimaschutz unter voller parlamentarischer Kontrolle ermöglichen.

Begründung

Die bisherige Formulierung im Antragstext des Landesvorstands trägt der nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. 11. 2023 zum Klima- und Transformationsfonds des Bundes eingetretenen Lage nicht angemessen Rechnung. Um die Klimaziele zu erreichen, muss die „Schuldenbremse“ grundlegend mit dem Ziel reformiert werden, die erforderlichen Zukunftsinvestitionen für den Klimaschutz und für Bildung und Forschung zu ermöglichen. Die volle parlamentarische Kontrolle muss bei entsprechenden Investitionsvorhaben unabhängig vom Finanzierungsinstrument gewährleistet sein.

Unterstützer*innen

Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei), Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf),
Christopher Schriner (KV Berlin-Mitte), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Franziska
Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Peter Schrage-Aden (KV Berlin-
Charlottenburg/Wilmersdorf), Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

L-1-229: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 228 bis 230:

einräumt, die staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen und zu verbessern. Wir wollen die Schuldenbremse ~~abschaffen, um~~ zeitgemäß gestalten, sodass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so dringenden Investitionen ~~tätigen zu können und dem~~ in den klimaneutralen Umbau zu ermöglichen und diesem auch sozial gerecht zu werden.

L-1-229-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 228 bis 230:

einräumt, die staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen und zu verbessern. Wir wollen die Schuldenbremse ~~abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden.~~ auf EU-, Bundes- und landesebene anpassen.

Begründung

Im Absatz zuvor wird die konkrete Anpassung der Schuldenbremse vorgeschlagen.

L-1-230: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 229 bis 230 einfügen:

Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden. Mit der klimaschädlichen und wirtschaftsfeindlichen Schuldenbremse wäre eine Einhaltung der Pariser Klimaschutzabkommen unmöglich.

Unterstützer*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

L-1-230-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen André Schulze (KV Berlin-Neukölln)

Von Zeile 229 bis 230 einfügen:

Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden. Dabei hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds die Dringlichkeit einer Neuregelung der verfassungsrechtlichen Schuldenregeln noch einmal deutlich erhöht, um weiterhin kreditfinanzierte Investitionen tätigen zu können.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg)

L-1-244: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Ingeborg Hofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Von Zeile 244 bis 246:

~~Das Deutsche~~ Wissenschaftler:innen des Wuppertal Institut ~~für Wirtschaftsförderung~~ spricht ~~und des Instituts der Deutschen Wirtschaft sprechen~~ von einem „Renewables-Pull-Faktor“ und meint en damit, dass international, aber auch im Wettbewerb der deutschen Regionen, die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien eine immer wichtigere Rolle bei

Begründung

Quelle: Energy & Social Science, 104 (2023) ; Das erwähnte Institut existiert so nicht. Das DIW ist es auch nicht.

Unterstützer*innen

Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Gernot Lobenberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Patrick Smieskol (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Birgit Krause (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-251: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 250 bis 252 einfügen:

Erneuerbaren ist aktive Industriepolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass in Gewerbegebieten Anlagen – Solar, Wärmetauscher, Geothermie wie auch Wind – schneller genehmigt und errichtet werden können und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat darüber hinaus

Begründung

In Gewerbegebieten mit hohem Strom- und Wärmeverbrauch gilt es alle möglichen Formen der EE zu realisieren. Hier können sich auch Anlage mit höherem Investitionsbedarf wie große Wärmetauscher und Geothermie lohnen.

L-1-252: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 251 bis 253 einfügen:

Anlagen – Solar wie auch Wind – schneller genehmigt und errichtet werden können und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist. Mit Einspeisung in Fernwärmenetze und lokale Nahwärmenetze können Gewerbegebiete so auch einen Beitrag zur Wärmewende im privaten Bereich leisten. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat darüber hinaus das Potenzial, zum grünen Standort für nachhaltige Batterieproduktion zu werden – mit

Begründung

Die Einspeisung von temporär oder ständig vorhandener überschüssiger Wärme aus Gewerbegebieten in Nah- und Fernwärmenetze ist ein zentraler Punkt einer kommunalen Wärmeplanung im Sinne einer Sektorenkopplung.

L-1-259: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Gernot Lobenberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Von Zeile 258 bis 260:

Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen. Dabei wird Wasserstoff zuvorderst für Industrie und ~~in~~auf der Langstrecke beim Schiffs- und Luftverkehr sinnvoll sein. Das Land Berlin muss seiner Verantwortung gerecht werden und klar den Vorrang von Wasserstoff für die Wirtschaft aussprechen und darf

Begründung

Der batterieelektrische Antrieb setzt sich auch auf der Langstrecke für Straßenfahrzeuge und auch bei Eisenbahnen durch, soweit dieses ohnehin nicht schon elektrifiziert sind. Schiffsverkehr und Luftverkehr auf der Langstrecke lassen sich aber kaum mit Batterien betreiben, an H₂ führt wohl kein Weg vorbei.

Unterstützer*innen

Arne Ludorff (KV Berlin-Kreisfrei), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

L-1-271: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 270 bis 273 löschen:

Ein Schwerpunkt jeder nachhaltigen Wirtschaftspolitik liegt auf der Förderung der Kreislaufwirtschaft. ~~Rohstoffe sind nicht nur in der Erde, sondern auch in Gebäuden, Infrastrukturen und Deponien vorhanden.~~ Besonders das Recycling kritischer, für die Transformation notwendiger Rohstoffe trägt zur größeren Unabhängigkeit von einzelnen

Begründung

Die Definition / Beschreibung von Rohstoffen ist viel zu eng, aber hier auch garnicht nötig.

L-1-274: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 273 bis 275:

Transformation notwendiger Rohstoffe trägt zur größeren Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten bei und ~~reduziert~~stärkt die ~~Abhängigkeit von Importen~~Resilienz Berlins. Wir wollen die Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen steigern.

Begründung

Importe und Außenhandel (u.a. mit EU-Staaten) sind nicht generell das Problem. Es geht hingegen um Risikodiversifizierung und Ausschluss problematischer Lieferanten aus den Lieferketten.

L-1-275: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 274 bis 275 einfügen:

Lieferanten bei und reduziert die Abhängigkeit von Importen. Wir wollen die Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen steigern.

Daher wollen wir Unternehmer*innen aller Branchen und Sektoren dazu ermuntern und dabei unterstützen, sich ambitionierte Ziele für Klimaneutralität und eine effektive Kreislaufwirtschaft entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu setzen und diese auch mit Nachdruck zu verfolgen. Dafür sollen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu Klimaschutzmanager*innen und anderen Schlüsselberufen sowie der Wissensaustausch zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen gestärkt und Beratungsangebote und Investitionsprogramme der IBB ausgebaut werden.

Begründung

Kreislaufwirtschaft ist (wie auch erneuerbare Energien) ein zentraler Ansatz für Klimaneutralität. Klimaneutralität entsteht aber nicht, indem man ein hier erneuerbare Energien nutzt und dort ein bisschen Kreislaufwirtschaft macht. Es ist vielmehr notwendig - für Unternehmen wie für Körperschaften der öffentlichen Hand - das Ziel der Klimaneutralität (bis spätestens 2045, besser früher) explizit anzustreben, die aktuellen Emissionen zu analysieren und ein strategisches Gesamtprogramm aufzustellen, und konsequent umzusetzen (und nachzusteuern), das diese auf Netto Null reduziert. Das Land sollte die Unternehmen dabei unterstützen, indem es Bildungs- und Forschungsangebote, Möglichkeiten des Wissensaustauschs sowie Unterstützungsangebote für Investitionsan ausbaut.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Louisa-

Christiane Arndt (KV Berlin-Pankow), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte)

L-1-280: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 279 bis 280 einfügen:

Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur noch mit wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden. Inbesondere im Neubau müssen Bauregeln eingeführt werden, die darauf setzen, dass der Gebäudebestand erst gar nicht abgerissen wird. Einfache und materialsparende Bauweise, ebenso wie flexible Gebäudestrukturen, die unterschiedliche Nutzungen ermöglichen, führen zu geringeren Herstellungs- und Instandhaltungskosten und gewährleisten deutlich längere Lebenszyklen. Das spart Rohstoffe und Energie, verringert CO₂-Emissionen und führt zu preisgünstigen Mietshäusern.

Begründung

Der Gebäudesektor erzeugt ca. 50% des Bruttoabfallaufkommens in Deutschland und erzeugt damit enorme CO₂ Emissionen. Die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor muss bauliche, konstruktive und technische erfolgen, um in Zukunft, aus Baustoff oder Rohstoff werden zu lassen.

L-1-280-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 279 bis 280 einfügen:

Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur noch mit wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden.

Zusätzlich muss in der Bauordnung die Notwendigkeit zur Anpassung an die Klimakrise verpflichtend werden, so dass die Menschen in den Gebäuden vor Starkregen und extremen Hitzeereignissen geschützt sind.

Unterstützer*innen

Alice Schreiber (KV Berlin-Lichtenberg), Frank Schubert (KV Berlin-Pankow), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Nico Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Daniela Billig (KV Berlin-Pankow), Claudia Jung (KV Berlin-Pankow), Kathleen Rabe (KV Berlin-Pankow), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-285: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 284 bis 285 einfügen:

mit Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Wirtschaftsverbänden in einem Berliner Bauinnovationszentrum bündeln und zugänglich machen.

Wasser wird in Berlin und Brandenburg zunehmend knapp und ist eine Ressource, die geschützt und im Kreislauf geführt werden muss. Wir brauchen Wasserpreise, die Unternehmen und Haushalten ausreichend Anreize zum sparsamen Wasserverbrauch geben und zugleich sozial verträglich sind. Der Wasserfußabdruck von Unternehmen spielt eine wichtige Rolle. Hierfür brauchen wir Transparenz über die Wasserrechte und Wasserverbräuche von Unternehmen in Berlin.

Begründung

Wie ist der Anteil des Berliner Wasserverbrauchs nach Gewerbe / Sektoren ? Wir wissen es nicht - dazu gibt es keine statistischen Erhebungen:

- Bei den Berliner Wasserbetrieben (BWB) wird eine Unterteilung nach
- ~~Beiz der Erträge besserer rechtlicher Ergebnisse~~

Oberflächenwassernutzung oder Grundwasserförderung wird weder nach „Privat und Gewerbe“ noch nach einzelnen Gewerbesektoren differenziert. Gewerbe und Industrie haben insgesamt einen geringen und sinkenden Anteil am Berliner Wasserverbrauch bei den Berliner Wasserbetrieben (2021 bei 14,1% laut Aussage der BWB). ABER mehrere Unternehmen – Wassergroßverbraucher – bedienen sich selbst am Berliner Grundwasser. Sie haben genehmigte Ausnahmen bzgl. Anschluss- u. Benutzungsrecht an die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen, die einigen Unternehmen die direkte Nutzung billigen Grundwassers erlauben. Geregelt ist dies im **Berliner** Betriebegesetz zu Anschluss- u. Benutzungsrecht an die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen und in einer Rechtsverordnung, die die Einzelheiten des **Anschluss- und Benutzungsrechts an die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen** und des Anschluss- und Benutzungszwanges für Wasser sowie deren Vollzug und Beschränkungen des Benutzungszwanges regelt.

Es herrscht hier keine Transparenz, um wen es sich bei den „Selbstbedienern“ handelt und vor allem, um welche Wassermengen es hier geht und wie gut das eigentlich kontrolliert wird. **Correctiv** hat im November 2022 die Ergebnisse ihrer Recherche veröffentlicht: „[Kampf um Wasser](#) - Diese Unternehmen dürfen Wasser auf Jahrzehnte entnehmen“

(https://correctiv.org/aktuelles/kampf-um-wasser/2022/11/22/klimawandel-wasser-knapp-industrie-hat-jahrzehntelange-entnahmerechte/?mc_cid=69b4acf3e8&mc_eid=5fd03c3fbe&mc_cid=43139bc1ec&mc_eid=fc3eb9c01a). Anders als die meisten

anderen Gemeinden, hat die zuständige Senatsverwaltung sich geweigert, Correctiv die industriellen Nutzer des Berliner Grundwassers zu nennen.

Wer sind die privaten Großverbraucher mit einem günstigen Wasserabo?

Was passiert mit dem von den Unternehmen entnommenen Grundwasser?

Werden die (niedrigen) **EUR 0,31/ m³** für Grundwasserentnahmen tatsächlich gezahlt?

Wie gut **wird kontrolliert**, wie viel die industriellen Nutzer mit Genehmigung tatsächlich entnehmen?

Wie ist das wasserbezogene **Nachhaltigkeitsmanagement** dieser Groß-Verbraucher?

Gibt es auch **illegale Grundwasserentnahme** im großen Stil?

L-1-285-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Von Zeile 284 bis 285 einfügen:

mit Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Wirtschaftsverbänden in einem Berliner Bauinnovationszentrum bündeln und zugänglich machen.

Bei Gebühren, wie etwa den Wasserpreisen, wollen wir eine soziale Staffelung schaffen, die auch Anreize zu einem ressourcenschonendem Verhalten setzt. Ausgehend vom Durchschnittsverbrauch der jeweiligen Haushaltsgröße wollen wir die Preise bis zum Durchschnittsverbrauch senken und sie nur oberhalb dieses Niveaus erhöhen. So entlasten wir gerade Geringverdiener*innen, die von der Teuerung der letzten Zeit besonders hart getroffen wurden und deutlich weniger verbrauchen als vermögende Haushalte.

Begründung

Die Daseinsvorsorge muss für alle Menschen gewährleistet sein. Mit einer sozialen Staffelung der Gebührenhöhen wird der Grundbedarf für alle sichergestellt und die progressive Bepreisung überdurchschnittlichen Konsums trägt zu dessen Finanzierung bei. Das trägt u.a. der Tatsache Rechnung, dass Vermögende viel mehr verbrauchen als Ärmere und die Umwelt überproportional belasten.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Levi Penell (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Jonas Jubitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christiane Fry (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Luis

Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-319: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Ronald Wenke (KV Berlin-
Steglitz/Zehlendorf)

Von Zeile 318 bis 320 einfügen:

Unsere Stadt braucht Lager-, Produktions- und Werkstattflächen, Ladenflächen und Büroflächen. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, u. a. oft zum Wohnen.

Vielfältige Nutzungen im verdichteten Raum gehören zur DNA unserer Stadt. Unser Ziel ist es, das Miteinander zu organisieren, nicht das Gegeneinander. Wir wollen kreative und produktive Räume in Berlin erhalten und neue schaffen. Wir setzen uns für die Entwicklung und Zulassung von Mischgebieten ein, die das Wohnen, soziale Infrastruktur, Kultur und Gewerbe harmonisch miteinander vereinen. In diesen Zonen soll eine nachhaltige, integrierte Stadtplanung ermöglicht werden, die kurze Wege fördert, soziale Interaktion stärkt und gleichzeitig Raum für innovative Industrie- und Gewerbeansiedlungen schafft. Synergien für die Wärmewende wollen wir nutzen.

Die Rückkehr der Industrie in die Stadt ist dank Digitalisierung und emissionsarmen, umweltverträglichen und nicht störenden Produktionsmethoden von der Vision in greifbare Nähe gerückt. In einer Zeit, in der Resilienz, Geschwindigkeit und Effizienz eine herausragende Rolle spielen, liegen die Vorteile in der Stadt. Die Chancen, die X-Manufacturing, Industrie 4.0, Rapid Prototyping sowie additive Fertigung bieten, wollen wir konsequent nutzen.

Begründung

Einer der Megatrends unserer Zeit ist die Rückkehr der Industrie in die Stadt - Urban Manufacturing. Moderne Produktionsmethoden sind emissionsarm bis -frei. Wo dennoch Wärme entsteht, kann diese für die Nah-Versorgung genutzt werden. Als Grüne sollten wir uns proaktiv für die Reintegration von emissionsarmer Produktion einsetzen - für kurze Wege, für mehr Lebensqualität und Arbeitsplätze.

Unterstützer*innen

Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Michael Knoll (KV Berlin-Pankow), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Stefan Göhlert (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte), André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Nicole Ludwig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

L-1-326: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 325 bis 326 einfügen:

Anlagen auf den Dächern) bereitzustellen. Landes- und bezirkseigene Gewerbegebiete in Berlin sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden. Die bestehenden Gewerbegebiete Berlins müssen konsequent in vertikal integrierte, produktive, klimaangepasste Stadtquartiere transformiert werden: Mit der Stapelung von verschiedenen Gewebetypen kann bereits versiegelter Boden mit einer höheren Flächeneffizienz ausgenutzt und die Transformation zu Formen nachhaltigen Wirtschaftens gefördert werden. Mit dem Umbau der Gewerbegebiete können Maßnahmen der Klimaanpassung vorgenommen werden, zum Beispiel um lokalen Hitzeinseln und Überschwemmungen vorzubeugen. Mit einer höheren Flächenausnutzung sind auch effizientere Formen des Wirtschaftsverkehrs zu etablieren, die die Dekarbonisierung des Verkehrssektors vorantreiben.

Begründung

Nur noch wenige Gewerbegebiete sind in der Hand von Bezirken oder Land Berlin. Gleichzeitig bieten die bestehenden Gewerbegebiete enorme Flächenpotenziale für Wachstum von gewerblichen Flächen, wenn sie als verdichtete, produktive Stadtquartiere gedacht werden. Der Umbau im Sinne von Stapelung kann so einhergehen mit der Transformation der Wirtschaft zu einer sozio-ökologischen Form. Gleichzeitig kann der Gebäudebestand so angepasst werden, dass er zu Verbesserung des Mikroklimas und gegen seltene Starkwetterereignisse beiträgt. Mit der Verdichtung von Gewerbegebieten lohnt es sich auch über zentralisierte Formen des Wirtschaftsverkehrs in den Gewerbegebieten nachzudenken.

L-1-334: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 333 bis 335 einfügen:

Industriepolitik, KMU-Förderung und generelle Unternehmensansiedlung. Grundstücke für Gewerbe gemeinwohlorientiert und nachhaltig entwickeln – das heißt für uns auch die Förderung der Gründung von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz.

L-1-334-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 333 bis 335 einfügen:

Industriepolitik, KMU-Förderung und generelle Unternehmensansiedlung. Grundstücke für Gewerbe gemeinwohlorientiert und nachhaltig entwickeln – das heißt für uns auch die Förderung der Gründung von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung und um hohen Bodenpreisen zu begegnen, sind diese Gewerbehöfe grundsätzlich als gestapelte, hochverdichtete, produktive Stadtquartiere zu entwickeln.

Wirtschaft braucht Platz in Gebäuden, wie auf der Straße - der notwendige Wirtschaftsverkehr ist bei der Verkehrswende zwingend zu bedenken. Die Dekarbonisierung des Wirtschaftsverkehrs ist mit Förderung von Fahrzeugen, Ladeinfrastruktur, aber auch als Voraussetzung für die Ansiedlung oder die Vergabe von Flächen und Grundstücken zu beschleunigen. Die vorhandenen tri- und bimodalen Güterverkehrszentren sind dringend weiterzuentwickeln, um die Straßen zu entlasten. Zusätzlich braucht es dringend ein landesweites Konzept für emissionsfreie Mikromobilität im Wirtschaftsverkehr mit zentralen und dezentralen Mobility Hubs. Auch hier muss das Land Berlin als Vorbild voranschreiten und diese auf eigenen Flächen mit eigenen Gesellschaften realisieren - die BEHALA leistet schon jetzt eine Pionierarbeit, die weiter ausgebaut werden muss, auch andere landeseigene Gesellschaften müssen hier einen Beitrag leisten.

Begründung

Auch kommunale, neue Gewerbehöfe im Neubau sind gestapelt zu denken. In der politischen Kommunikation spielt der Wirtschaftsverkehr ein Schattendasein zwischen dem Streit über die „richtigen“ Verkehrsträger für den MIV und den ÖPNV. Gleichsam ist er die Pulsschlagader, die eine hochverdichtete Stadt wie Berlin am Leben hält und ist entsprechend bei der Verkehrswende zwingend zu beachten. Eine größere Rolle sollten hier auch die vorhandenen bi- und trimodalen

Güterverkehrszentren spielen, die bei entsprechender Auslastung der noch vorhandenen Kapazitäten die Straßen wirksam entlasten könnten.

L-1-341: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 340 bis 343:

Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen lokale Betriebe stärken und ihre Verdrängung stoppen. Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene Gewerbeflächen ~~genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpreis, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.~~ Für Gewerbe, die einen Beitrag zur Transformation in eine soziale oder umweltschützende und klimaneutrale Wirtschaft leisten, sind sowohl Werkzeuge zur Stabilisierung und Minderung ihrer Mieten, als auch Maßnahmen für einen besseren Bestands- und Kündigungsschutz zu entwickeln.

Begründung

In der Diskussion um Gewerbemieten und deren Schutz vermischen sich viele Ebenen. Es ist unbestritten, dass der Druck auf alle Bereiche gewerblicher Mieten gestiegen ist, sei es Einzelhandel, Büroflächen, Werkstätten, Fabriken oder auch Teile sozialer Infrastruktur in freier Trägerschaft, die als gewerbliche Mieter gelten. Gleichwohl ist bei der Transformation der Wirtschaft in eine sozial-ökologische Form zu bedenken, dass nicht alle Formen der Gewerbe diesen Weg mitgehen können werden. Neben rechtlichen Fragen, inwieweit profitorientierte Gesellschaft überhaupt durch besseren Mieterschutz und Preisvorgaben von staatlicher Seite gefördert werden dürfen bedarf es aus Sicht der notwendigen Anpassungen für eine klimaneutrale Wirtschaft an Bedingungen für einen Schutz oder preisrechtliche Eingriffen.

L-1-342: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Wirtschaft und Finanzen (dort
beschlossen am: 23.11.2023)

Von Zeile 341 bis 343 einfügen:

Verdrängung stoppen. Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene Gewerbeflächen genauso wie auf Bundesebene eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpreis, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.

Begründung

Die Zuständigkeit liegt beim Bund.

L-1-343: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 342 bis 343 einfügen:

genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietespiegel, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.

6. Wirtschaft braucht funktionierende Anpassungskonzepte

Die Klimakrise und ihre bereits jetzt bestehenden Auswirkungen stellen auch eine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Berlin dar. Es ist Aufgabe von Politik und Verwaltung die Berliner Unternehmen dabei zu unterstützen sich an zu erwartende Extremwetterereignisse anzupassen.

Bereits jetzt erleben wir während Hitzewellen eine hohe Belastung von Mitarbeitenden. Dazu kommen vielfältige wirtschaftliche Auswirkungen, wie Umsatzeinbrüche im Einzelhandel oder Pausieren von Bauarbeiten um die Arbeitsschutzvorgaben einzuhalten. Um die Auswirkungen von extremen Hitzeereignissen möglichst gering zu halten, braucht Berlin einen sektorübergreifenden Hitzeaktionsplan, der auch Arbeitsschutz und die Wirtschaft beteiligt und in den Blick nimmt.

Bisher ist Berlin von dramatischen Starkregenereignissen verschont geblieben. Dabei wissen wir schon jetzt, dass es Bereiche in der Stadt gibt, in denen es zügiger zu Überflutungen kommt. Für die Ansiedlung von Unternehmen ist es wichtig, dass transparent ist, wo im Ernstfall Überflutungen und damit verbundene hohe Kosten zu erwarten sind, damit sich Unternehmen entsprechend schützen können.

Klimaanpassung wird uns allein mit dem Einbau von Klimaanlage nicht gelingen, da diese durch ihren hohen Energieverbrauch, sowie die genutzten Kühlmittel den Klimawandel noch beschleunigen. Wir sind deshalb auf innovative Lösungen, wie kühlende Fassadenfarbe oder Kühlwesten angewiesen. Wir fordern die Landesregierung dazu auf diese innovativen Lösungen zu fördern und den Unternehmen unserer Stadt bei der Anpassung an den Klimawandel durch Beratungsprogramme zur Seite zu stehen.

Unterstützer*innen

Alice Schreiber (KV Berlin-Lichtenberg), Frank Schubert (KV Berlin-Pankow), Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Nico Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Daniela Billig (KV Berlin-Pankow), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei), Claudia Jung (KV Berlin-Pankow), Kathleen Rabe (KV Berlin-Pankow), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei)

L-1-343-2: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Von Zeile 342 bis 343 einfügen:

genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpreis, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.

Wirtschaftsverkehr - ökologisch und modern aufstellen

Handel, Tourismus, Industrie, Paketlieferdienste - der Wirtschaftsverkehr ist ein unverzichtbarer

Aspekt einer Großstadt wie Berlin. Wir alle sind darauf angewiesen, dass Lebensmittel in den Supermärkten liegen oder hier produzierte Waren aus den Fabriken in die Läden kommen. Zugleich verursacht der Wirtschaftsverkehr natürlich die selben Nebeneffekte wie andere Verkehre: Lärm, Emissionen, Stau und Stress. Auch schwere, lebensgefährliche Unfälle sind leider häufiger mit den großen Transportern verbunden. Unser politisches Ziel ist es, den sicheren Transport von Menschen und Produkten zu gewährleisten und Stück für Stück die negativen Begleiterscheinungen zu reduzieren. Wir wollen den Wirtschaftsverkehr sicherer, sauberer und leiser machen. Wir setzen dabei auf technologische und digitale Weiterentwicklungen, auf Anreize und Ordnungsrecht.

Der Wirtschaftsverkehr braucht freie Straßen und Ladezonen. Die Verkehrswende ist deswegen auch für Handwerksbetriebe, Lieferant*innen oder Industrietransporte essentiell. Insbesondere braucht es Lade- und Lieferzonen, die nah bei den zu beliefernden Geschäften liegen. Aber sie müssen natürlich auch gut nutzbar und nicht mit Dauerparkern belegt sein: Wir setzen auf digitale Buchungssysteme und ein nachhaltiges Parkraummanagement. Wir brauchen auch ein Pilotprojekt zur Ausweitung von Lieferzeitfenstern, um zu testen, ob moderne Technik annähernd geräuschlose Anlieferung auch in den Tagesrandzeiten für Anwohnerinnen und Anwohner erträglich macht. Dies könnte etwa ein Anreiz sein, schneller auf elektrische Antriebe umzusteigen.

Denn wir setzen uns dafür ein, möglichst viele Wirtschaftsverkehre auf emissionsfreie Transporte zu verlagern. Vor allem bei der sogenannten “Letzten Meile” wollen wir Lastenräder und elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge fördern. Dazu braucht es auch einen weiteren Ausbau von Mikro-Depots und Paketboxen und Übergabestellen auf Lastenräder. Der Senat muss den Anbietern dabei helfen, geeignete Standorte zu finden und gleichzeitig im Gegenzug Vereinbarungen treffen, dass möglichst viele Verkehre auch von verschiedenen Nutzern zusammengebunden und effizienter werden. Dafür braucht es auch einen anderen, offeneren Umgang mit Verkehrsdaten. Im Mobilitätsgesetz haben wir für eine Open-Data-Plattform gekämpft, auf der etwa Daten zum Verkehrsaufkommen, zu Baustellen oder Großveranstaltungen tagesaktuell dargestellt werden - aber auch die Unternehmen Verkehre poolen können. Der Senat muss diese Plattform jetzt prioritär umsetzen. Das ist gut für die Unternehmen und gut für die Umwelt.

Die Belange des Wirtschaftsverkehrs müssen insbesondere bei der Planung von neuen Stadtteilen gleich mitbedacht werden. Wir brauchen zum Beispiel auch weiterhin innerhalb der Stadt Logistikzentren, die möglichst mit Schienen und über Wasser angebunden sind. Der landeseigenen BEHALA kommt dabei eine Schlüsselrolle zu - wir wollen sie bei der Entwicklung als Experte für Schienen- und Wasserumschlaginfrastruktur stärker unterstützen. **Wir wollen uns auch weiterhin für ein sicheres Routennetz für Großraum- und Schwertransporte einsetzen.** Wir wollen aber auch bestehende Schienennetze effektiver nutzen und neue Möglichkeiten eröffnen. In anderen deutschen Städten gibt es Güter-Trams, die das Straßennetz nutzen. Auch in Berlin hat die damalige grüne Verkehrssenatorin entsprechende Machbarkeitsstudien beauftragt, deren Ergebnisse jetzt umgesetzt werden müssen.

Um den Wirtschaftsverkehr sicherer zu machen, gilt ab 2024 eine Pflicht für Abbiegeassistenten bei LKWs über 3,5t. Allerdings bleiben dann ältere Fahrzeuge, die freiwillig nachgerüstet werden müssen. Wir erwarten, dass der Senat für die eigenen Flotten und die der landeseigenen Unternehmen diese Nachrüstung weiterhin vornimmt und finanziert. Auch die Förderung von Unternehmen bei der Nachrüstung mit Abbiege-Assistenten muss fortgesetzt werden. Auch soll der Senat eng mit der Berufsgenossenschaft und der Versicherungswirtschaft

zusammenarbeiten, um Berufskraftfahrerinnen und -fahrer für die Besonderheiten des sicheren Fahrens in einer Großstadt zu sensibilisieren und weiterzubilden.

Für all diese Projekte werden der Senat und die Bezirksverwaltungen auch Menschen brauchen, die sie umsetzen. Bisher sind die entsprechenden Referate eher unterausgestattet. Wir unterstützen fordern die Fraktion auf, sich bei den anstehenden Haushaltsberatungen dafür einzusetzen, mehr Personal in diesen Aufgabengebieten einzusetzen.

Begründung

Ausführungen zur Transformation des Wirtschaftsverkehrs hin zu mehr Sicherheit, mehr Sauberkeit und mehr Ressourcenschonung.

Unterstützer*innen

Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

L-1-343-3: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei)

Von Zeile 342 bis 343 einfügen:

genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpiegel, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe. Zudem fordern wir Indexmietverträge zukünftig nicht nur beim Wohnen, sondern auch beim Gewerbe zu untersagen und eine Kappungsgrenze für bestehende Indexmietverträge einzuführen. Auch die Erweiterung des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung auf Gewerbeneubau ist längst überfällig, um neuen bezahlbaren Gewerberaum zu schaffen. Angesichts der hohen Inflation und Energiekosten setzen wir uns für einen Mietestopp für Kleingewerbe und soziale Infrastruktur ein. Genossenschaftliche Ansätze auch im Gewerbebereich wollen wir unterstützen und fördern.

Begründung

Angesichts des ungebremsten Verlusts bezahlbarer Gewerbeflächen ist entschiedenes Handeln erforderlich - dies sollte im Antrag deutlich zum Ausdruck kommen.

Unterstützer*innen

Susanne Jahn (KV Berlin-Kreisfrei), Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Levi Penell (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Frauke

Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Jun Chen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Neukölln), Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Frank Bertermann (KV Berlin-Mitte), Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei), Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte), Ina Ravens (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

L-1-343-4: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen LAG Mobilität (dort beschlossen am:
30.11.2023)

Von Zeile 342 bis 343 einfügen:

genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpreis, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.

6. Wirtschaft braucht Verkehrswege

Wirtschaft bedarf geeigneter Verkehrsinfrastruktur – für den Transport großer Güter, für die schnelle Belieferung sowie für Dienstleistungen, auch für die Wege von Arbeitnehmer:innen zu ihren Beschäftigungsorten. Dabei erkennen wir an, dass Flächenbedarf, Gesundheits- und Umweltbelastungen kritische Faktoren sind. Mit begrenzten Ressourcen ist effizient und schonend umzugehen.

Wirtschaftsverkehr ist Teil eines komplexen Verkehrssystems und gehört zu Berlin. Wir stellen dabei die Menschen und ihre vielfältigen Interessen in den Mittelpunkt. Sicherheit (Feuerwehr und Polizei), Baufahrzeuge, Ver- und Entsorgung sind unverzichtbar. Dieser Herausforderung stellen wir uns.

Flächen

Verkehrsflächen in Berlin sind ein knappes Gut. Um den vielfältigen Verkehrsinteressen zu genügen, ist ein Ausgleich zwischen den Verkehrsarten zwingend. Privater KFZ-Verkehr hat den höchsten Flächenanspruch bei vergleichsweise geringer Verkehrsleistung, besonders bei Berücksichtigung des ruhenden Verkehrs. Tagtäglicher Verkehrsstau ist wirtschaftsfeindlich. Mikromobilität als Teil des Wirtschaftsverkehrs ist zu fördern.

Gesundheit und Umwelt

Die Auswirkungen des Verkehrs auf Gesundheit und Umwelt sind auf ein Minimum zu

reduzieren. Die Sicherheit im Verkehr ist umfassend zu steigern und mit geeigneten Maßnahmen umzusetzen. Neben dem persönlichen Schicksal und der Trauer belasten im Straßenverkehr verletzte und getötete Personen die Wirtschaft Berlins jedes Jahr um hohe Millionenbeträge. Kostenintensive Arbeitsausfälle können vermieden werden.

Wir wollen die Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Fahrzeuge beschleunigen. Hier muss Berlin seiner Vorreiterrolle gerecht werden. Eine geeignete Ladeinfrastruktur ist stadtverträglich zu errichten, auch als Voraussetzung für die Ansiedlung oder die Vergabe von Flächen und Grundstücken.

Güter- und Warentransport

Für den Transport von Gütern sind nach Möglichkeit Wasserwege und die Schiene zu bevorzugen. Dabei ist eine kluge und digitalisierte Logistik wesentlich für eine hoch-integrierten Wirtschaft. Die Potenziale einer intermodalen City-Logistik sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Die vorhandenen tri- und bimodalen Güterverkehrszentren sind dringend weiterzuentwickeln, um die Straßen zu entlasten. Zusätzlich braucht es dringend ein landesweites Konzept für emissionsfreie Mikromobilität im Wirtschaftsverkehr mit zentralen und dezentralen Mobility Hubs. Auch hier muss das Land Berlin als Vorbild voranschreiten und diese auf eigenen Flächen mit eigenen Gesellschaften realisieren – die BEHALA leistet schon jetzt eine Pionierarbeit, die weiter ausgebaut werden muss, auch andere landeseigene Gesellschaften müssen hier einen Beitrag leisten.

Lieferdienste und Dienstleistungen

Lieferdienste und vielfach auch Handwerker:innen und Dienstleister sind auf ein KFZ und auf Stellflächen bei ihren Kund:innen angewiesen. Dafür müssen geeignete Lade-, Halte- und Kurzzeitparkmöglichkeiten zahlreich ausgewiesen werden.

Dabei ist die regelwidrige Inanspruchnahme durch andere Verkehrsteilnehmer konsequent zu verfolgen und zu sanktionieren. Die sog. „Berliner Linie“, d.h. das kurzzeitige Halten oder Parken bspw. auf Radwegen oder Lieferzonen, um eben mal Brötchen zu holen, schadet der Wirtschaft genauso wie auch den Schwächeren im Straßenverkehr.

Auch Lastenfahrräder haben einen Anteil am Wirtschaftsverkehr, dort wo es möglich ist. Sie sind flexibel und nehmen weniger Fläche in Anspruch. Die Infrastruktur dafür ist zukunftsfest zu gestalten. Radverkehrsanlagen sind ausreichend breit anzulegen, damit

auch ein sicheres Überholen möglich ist.

Pendler:innen

Der ÖPNV muss flexibel und zuverlässig funktionieren, um Menschen zu ihren Beschäftigungsorten zu bringen. Nur so ist Berlin für Fachkräfte als Standort attraktiv. Ausfälle und Verkürzungen bei den Öffentlichen sind mit vorausschauender Angebotsplanung zu vermeiden. Es bedarf dichter Taktzeiten, weiterer Umsteigemöglichkeiten und des Lückenschlusses. Die dafür notwendigen Mittel wollen wir ausweiten und bereitstellen. Ein guter ÖPNV ist nicht bloß eine ökologische und soziale Frage, sondern die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität.

Neuen Möglichkeiten für innerstädtischen Verkehr stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Wir erteilen aber allen Plänen eine Absage, wenn sie darauf abzielen eine nachhaltige Mobilitätsgestaltung zu verhindern. Gute Verkehrstechnik für kurz- und mittelfristige Maßnahmen ist verfügbar, nur damit können wir der gegebenen Herausforderung an eine wachsende Stadt wirkungsvoll begegnen.

Begründung

„Wirtschaft braucht...“ selbstverständlich auch Verkehrswege.

In enger Zusammenarbeit und nach produktiven Gesprächen mit den Mitglieder:innen aus sehr vielen Gliederungen hat die LAG Mobilität diesen Abschnitt geschrieben und beschlossen.

SÄA-1-006: LAG-Sprecher*innenrat und Anzahl an Abteilungen

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 5 bis 8:

Landesdelegiertenkonferenz oder vom Landesausschuss als Abteilung anerkannt sind.²In einer Abteilung müssen mindestens **15so viele** Mitglieder ihr Stimmrecht eingetragen haben **wie in der kleinsten Bezirksgruppe des Landesverbands**.³Die Mitgliederzahl ist jährlich zum Stichtag 1. November zu überprüfen. **~~4Es können nicht mehr als elf Abteilungen gleichzeitig anerkannt sein.~~**"

Begründung

Landesarbeitsgemeinschaften, Abteilungen, KV Kreisfrei - klingt kompliziert? Ist es auch. Dieses historisch gewachsene Satzungsstruktur an Gremien ist für (Neu-)Mitglieder schwer zu durchschauen. In der aktuellen Landessatzung werden **Bezirksgruppen (12.424 Mitglieder) mit Abteilungen (468 Mitglieder) gleichgestellt**, obwohl **nur 3,6% ihr Stimmrecht in Abteilungen** ausüben. Im Kern entsteht dadurch ein **demokratisches Defizit**: Manche Stimmen zählen bis zu zehnmal mehr als andere und derdemokratische **Grundsatz "one person, one vote" wird verletzt**. Deshalb schlagen wir eine Satzungsänderung vor, die diese Disproportionalität mindert, ohne vollständige Proportionalität herzustellen. Es handelt sich hierbei um einen Kompromissvorschlag, dessen Satzungsgrundlagen und **Auswirkungen auf die Delegiertenverteilung in dieser Präsentation** aufgezeigt werden:

<https://wolke.netzbegrueung.de/s/8r3KJjS5Hr8wCWx>

SÄA-1-016: LAG-Sprecher*innenrat und Anzahl an Abteilungen

Antragsteller*innen Arne Ludorff (KV Berlin-Kreisfrei)

Von Zeile 15 bis 17:

eine Stimme. Er beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden LAGen. Der LAG-Sprecher*innen-Rat tagt mindestens drei Mal im Jahr sowie auf ~~Antrag der~~ Hälfte Verlangen eines Viertels der Landesarbeitsgemeinschaften. Die Einladungen erfolgen in der Regel per E-Mail. Er nominiert

Begründung

Der LAG-Sprecher*innen-Rat tagt drei Mal im Jahr, das ist plausibel. Bei Bedarf treffen wir uns öfter, im Konsens mit den Koordinator*innen (= erste Variante). Sollten wir aber im Dissens sein, dann greift die zweite Variante: auf Antrag mehrerer LAGen.

Wenn es wirklich notwendig werden sollte, dann ist ein frühzeitiges Treffen angezeigt. Dafür aber das Einverständnis der Mehrheit zu verlangen („auf Antrag der Hälfte“), wird uns Grünen und unserem Verständnis von Demokratie und Beteiligung nicht gerecht.

Das Verlangen zur Einberufung ist ein Minderheitenrecht.

Andere Beispiele: Für die LMV gilt ein Viertel, § 13 II 1 lit. c unserer Satzung. Für LDK und LA gelten etwas weniger als ein Viertel, § 16 II 5 lit. b bzw. § 17 V. Ein Viertel ist auch sonst eine gängige Hürde, bspw. in manchen Verfahren des Bundestags.

Unterstützer*innen

Michael Servatius (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Hartwig Berger (KV Berlin-Kreisfrei), Hanno Kress (KV Berlin-Kreisfrei), Daniel Lübbert (KV Berlin-Kreisfrei), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg)

V-4-075: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 74 bis 76 einfügen:

gesellschaftlichen Wandel mitgehen und unseren Mitgliedern eine flexible Teilnahme an Gremiensitzungen ermöglichen. Daher bieten wir für die Landesmitgliederversammlung, die Landesdelegiertenversammlung, den Landesausschuss sowie der Frauen*vollversammlung bzw. -konferenz zusätzlich eine digitale Teilnahme durch einen Livestream an sowie die Möglichkeit, sich über eine Videokonferenz auch digital zu Wort zu melden. Der Landesverband wird Handlungsempfehlungen zu hybriden und digitalen Angeboten zusammenstellen, die dabei helfen sollen, auch in digitalen und hybriden

V-4-075-2: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 74 bis 76 einfügen:

gesellschaftlichen Wandel mitgehen und unseren Mitgliedern eine flexible Teilnahme an Gremiensitzungen ermöglichen. Gerade für Mitglieder in den Außenbezirken stellen die Fahrtzeiten eine erhebliche zeitliche Belastung dar. Für alle (partei-)öffentlichen Sitzungen ist daher eine Möglichkeit zur digitalen Teilnahme angestrebt. Der Landesverband wird Handlungsempfehlungen zu hybriden und digitalen Angeboten zusammenstellen, die dabei helfen sollen, auch in digitalen und hybriden

Von Zeile 79 bis 82:

und Beschlüsse in hybriden oder digitalen Zusammenkünften ermöglicht. Sobald eine solche dauerhafte Regelung in Kraft tritt, wird der Landesvorstand einen Vorschlag machen, ~~welche Gremien~~ in welcher Form Gremien zukünftig hybrid angeboten werden können, alle formalen Voraussetzungen dafür auf den Weg bringen sowie für die Durchführung solcher

Von Zeile 137 bis 140:

durch Tandems in Wahlkampfzeiten. Dies gilt im Besonderen für unsere Amts- und Mandatsträger*innen aus Land und Bund, deren Präsenz wir dort stärken möchten. ~~Der Landesverband prüft überdies, Termine unserer Landesgremien wenn möglich auch im Stadtrand auszurichten.~~ Der Landesverband unterstützt die Teilnahme an Sitzungen unserer Landesgremien durch die Ausrichtung an Örtlichkeiten, die für Mitglieder aus dem gesamten Stadtgebiet gut erreichbar sind, und mittelfristig durch die Möglichkeit zur digitalen Teilnahme.

Von Zeile 173 bis 174:

Unser Ziel ist, dass LAGen wirkungsvoll digital, ~~hybrid~~ und hybrid in Präsenz tagen können. Die Raumsuche für Sitzungstermine ist zunehmend schwer geworden. Um den LAGen die Raumsuche zu

Begründung

Für die Vereinbarkeit von Partei-, Care-, Erwerbsarbeit und Freizeit spielen die Fahrtzeiten gerade für Bündnisgrüne, die außerhalb des S-Bahnringes wohnen, eine zentrale Rolle. In vielen Flächenbezirken sind hybride Sitzungen daher schon heute Standard.

Unterstützer*innen

Norbert Schmedt (KV Berlin-Pankow), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Frank Schubert (KV Berlin-Pankow), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Pascal Grothe (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Hans-Christian Höpcke (KV Berlin-Lichtenberg), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Elisa Rahn (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Manuela Neubert (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Paul Schuster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf), Nico Wanke (KV Berlin-Reinickendorf), Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte)

V-4-078: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 76 bis 83:

digitalen Angeboten zusammenstellen, die dabei helfen sollen, auch in digitalen und hybriden Räumen eine einladende Moderation und Veranstaltungsdurchführung für alle zu gewährleisten. ~~Bisher fehlt eine gesetzliche Regelung durch den Bundesgesetzgeber, die auch Personenwahlen und Beschlüsse in hybriden oder digitalen Zusammenkünften ermöglicht. Sobald eine solche dauerhafte Regelung in Kraft tritt, wird der Landesvorstand einen Vorschlag machen, welche Gremien in welcher Form zukünftig hybrid angeboten werden können, alle formalen Voraussetzungen dafür auf den Weg bringen sowie für die Durchführung solcher Gremiensitzungen Handlungsempfehlungen zusammenstellen.~~ Um die Mitbestimmung für hybride oder digitale Zusammenkünfte zu ermöglichen, sollen für die Gremien des Landesverbands digitale Meinungsbilder, z. B. über das Tool Abstimmungsgrün, in Verbindung mit schriftlichen Schlussabstimmungen verwendet werden. Der Landesverband soll Fortbildungen für die Kreisgeschäftsführer*innen, Bezirksvorstände, LAG-Sprecher*innen für die Verwendung von Abstimmungsgrün anbieten.

V-4-083: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 82 bis 83 einfügen:

Voraussetzungen dafür auf den Weg bringen sowie für die Durchführung solcher Gremiensitzungen Handlungsempfehlungen zusammenstellen. In der Landesgeschäftsstelle wird die mobile Ausstattung für hybride Sitzungen (Hybridsets) zur kostenfreien Ausleihe an Gliederungen des Landesverbands bereitgehalten, die eine hybride Teilnahme an (partei-)öffentlichen Veranstaltungen, ohne großen Aufwand für die Organisator*innen, erlauben.

Begründung

Für die Vereinbarkeit von Parteiarbeit mit Familie, Beruf und Privatleben ist die digitale Teilnahme eine zentrale Säule. Unabhängig von den Formalia des Parteiengesetzes sollten wir Organisator*innen von Parteiveranstaltungen zeitnah bei der Umsetzung von hybriden Veranstaltungen technisch unterstützen.

Unterstützer*innen

Nico Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jette Nietzard (LV Grüne Jugend Berlin), Stephanie Stockklauser (KV Berlin-Lichtenberg), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Tim Dollnik (KV Berlin-Reinickendorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Brigitte Sakrzewski (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)

V-4-093: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 92 bis 94 einfügen:

für ein Gemeinschaftsgefühl im Kreisverband sorgen. Diese wertvolle Arbeit braucht Unterstützung. Der Landesvorstand soll zusammen mit den Bezirksvorständen die finanzielle Unterstützung aller Bezirksgruppen stärken und die Verteilung der Mitgliedsbeiträge zwischen dem Landesverband und den Bezirksgruppen überarbeiten. Der bislang festgesetzte Beitrag von 1,50 € pro Mitglied pro Monat für die Bezirksgruppen ist kein langfristig nachhaltiges Modell für die Finanzierung der politischen Arbeit in den Bezirken. Durch die Inflation steigenden Fixkosten, so z. B. für die angemessene Vergütung von Beschäftigten sowie immer höhere Mieten für Geschäfts- und Veranstaltungsräume lassen die Ausgaben immer weiter wachsen. Damit die Bezirksgruppen das Parteilieben in der ganzen Stadt weiterentwickeln können, muss sich dies auch auf der Einnahmenseite der Bezirksgruppe spiegeln. Den Kreisverbänden sollen Leitfäden zur Durchführung von Sitzungen und zur Protokollführung zur Verfügung gestellt werden. Für die ehrenamtlichen Vorstände der

V-4-107: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 106 bis 107 einfügen:

der Bezirksgruppen enthält. Ebenso soll es ehrenamtlichen Vorständen in ihrem Engagement für den Kreisverband Anleitung und Orientierung geben. Für jede Bezirksgruppe gibt es eine Ansprechperson im Landesvorstand. Die Zuteilung der Bezirksgruppen zu Landesvorstandsmitgliedern wird in einer Übersicht zur Verfügung gestellt.

V-4-107-2: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Von Zeile 106 bis 107 einfügen:

der Bezirksgruppen enthält. Ebenso soll es ehrenamtlichen Vorständen in ihrem Engagement für den Kreisverband Anleitung und Orientierung geben.

Wir wollen die Arbeit der Bezirksgruppen unter unseren Mitgliedern noch bekannter machen. Die Landesgeschäftsstelle soll gemeinsam mit den jeweiligen Bezirksvorständen jeweils Flyer entwickeln, die die Arbeit der Bezirksgruppe vorstellt und über die Möglichkeit informiert, sich zu engagieren und wer die direkten Ansprechpartner*innen für Neumitglieder sind. Diese Flyer sind im Willkommenspaket für Neumitglieder enthalten.

V-4-110: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 109 bis 120:

dem auch der Bundesverband im Rahmen des derzeit bundesweit laufenden Strukturprozesses Maßnahmen ~~er-greifen~~ergreifen wird. Im Fokus des Prozesses stehen die Aufgabenverteilung und das Rollenverständnis inner- halb von Kreisverbänden. Ziel ist, Empfehlungen für effiziente Strukturierung von Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen. Auch wir möchten die Arbeitssituation der Mitarbeiter*innen der Kreisge-~~schäftsstellen~~ stärken und die Kreisverbände weiter professionalisieren. ~~Es~~Um die Mitarbeitenden langfristig in den Kreisgeschäftsstellen zu halten, müssen attraktive und sichere Arbeitsverhältnisse in den Kreisverbänden garantiert werden. Im ersten Quartal 2024 wird eine Arbeitsgruppe gegründet, die ~~sich mit~~Lösungen zu Standards der Personalführung, der ~~Arbeitsplatzsituationen~~Arbeitsverhältnisse sowie der ~~Vergü-~~Vergütung erarbeiten wird. tung auseinandersetzt Diese Arbeitsgruppe besteht aus Vertreter*innen der Kreisvorstände bzw. Geschäftsführenden Ausschüsse, der Mitarbeiter*innen der Kreisgeschäftsstellen und der Landesgeschäftsstelle, des Landesvorstands, der Landesgeschäftsführung und der LAG Gewerkschaftsgrün. Weiterhin wird ein ergebnisoffenes juristisches Gutachten unter Mitwirkung der zuvor genannter Arbeitsgruppe in Auftrag gegeben, um zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, ~~eine gemeinsame Arbeitnehmer*innenvertretung~~einen Betriebsrat bzw. ~~einen Betriebsrat~~eine gemeinsame Arbeitnehmer*innenvertretung zu etablieren. Der Wortlaut des Auftrags für dieses Gutachten wird in der zuvor genannten Arbeitsgruppe abgestimmt und vereinbart. In Abhängigkeit ~~von diesem Ergebnis~~des Ergebnisses des Gutachtens prüft die Arbeitsgruppe, die Form, mit der der Arbeitnehmer*innenschutz sichergestellt werden soll sowie ob und ggf. welche Überarbeitung der Ombudsstelle notwendig wird. Der Arbeitsgruppe wird die Möglichkeit eingeräumt, externe Sachverständige im Laufe des Diskussionsprozesses auf Grundlage der Gutachtenergebnisse hinzuzuziehen. Sofern hierfür Kosten anfallen, werden diese bis zu einer Höhe von 2.000 Euro vom Landesverband übernommen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden im Rahmen des Bezirksvorständetreffens, eines Landesausschusses oder einer Landesdelegiertenkonferenz vorgestellt, diskutiert und daraus abgeleitete Maßnahmen der Beschlussfassung zugeführt.

Von Zeile 126 bis 129:

Multiplikator*innen vor Ort - von der Gropiusstadt, über Biesdorf bis ins Märkische Viertel. Wir begrüßen ~~die Gründung~~ das Engagement der Konferenz der sog. kleinen Kreisverbände (KleiKo) und der (nicht-)jwd-Gruppe, deren Impulse und inhaltlichen Ideen die Perspektiven der ~~Stadtrandlagen~~ Stadtteile außerhalb des S-Bahnrings in der Partei stärken und ~~da-her~~ daher wichtig und willkommen sind. Da Themen, die die Stadtteile außerhalb des S-Bahnrings betreffen, oft weniger Aufmerksamkeit in der Berliner Politik bekommen, setzt sich der Landesvorstand gemeinsam mit der AGH-Fraktion in Zukunft noch stärker dafür ein, diesen wichtige Anliegen Gehör zu verschaffen. Damit ist die Arbeit ~~der Gruppe~~ dieser Gruppen eine sinnvolle Ergänzung bereits bestehender Strukturen. Um dieses Engagement seitens des Landesverbands zusätzlich zu unterstützen, wird eine Person in der Landesgeschäftsstelle als direkte Ansprechperson für diejenigen in den Kreisverbänden, die maßgeblich die Aktivitäten in den Stadtteilen außerhalb des S-Bahnrings koordinieren, benannt.

Von Zeile 131 bis 133 einfügen:

Repräsentanz gibt, soll der Landesverband ein Konzept für mobile Formate erarbeiten, um vor Ort präsent zu sein. Hierzu bezieht der Landesvorstand Vertreter*innen der kleinen Bezirke mit ein. Wir wollen so noch besser in die ganze Stadt hinein wirken und unsere Mitglieder motivieren, bei sich vor Ort und auch da, wo wir bisher nur wenige

Von Zeile 138 bis 141:

Mandatsträger*innen aus Land und Bund, deren Präsenz wir dort stärken möchten. Der Landesverband ~~prüft überdies~~ strebt an, Termine unserer Landesgremien ~~wenn möglich auch im Stadtrand~~ in allen Bezirken der Stadt auszurichten. Wir unterstützen die Vernetzung der Berliner Kreisverbände untereinander. In einem nächsten Schritt möchten wir auch über Berlin hinaus die Vernetzung stärken.

Begründung

Der Prozess, um zu ergründen, wie die Interessen der Mitarbeitenden der Kreisverbände besser vertreten werden können, ist in der Fassung des

Ursprungsantrags noch recht vage umschrieben. Der Änderungsantrag zielt darauf ab, diesen Prozess zu konkretisieren. Dies betrifft insbesondere die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, den Zeitpunkt deren Einberufung, deren Einbindung in die Formulierung des Auftrags für das juristische Gutachten und der Werkzeuge für deren Arbeit.

Zudem wird die Rolle der kleinen Kreisverbände und derjenigen, die sich in den Stadtteilen außerhalb des S-Bahnringes engagieren, unterstrichen. Für die Unterstützung deren Arbeit soll eine Person in der Landesgeschäftsstelle als direkte Ansprechperson benannt werden.

Die beantragten Änderungen wurden in einer Runde von Personen aus den sog. kleinen Kreisverbänden erarbeitet und werden hiermit eingebracht.

Unterstützer*innen

Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Robert Losensky (KV Berlin-Spandau), Julia Scharf (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Franziska Margraff (KV Berlin-Mitte), Maya Richter (LV Grüne Jugend Berlin), Mandy Riemer (KV Berlin-Lichtenberg), Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf), Elke Klünder (KV Berlin-Reinickendorf), Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Adolf (Addi) Wiedemann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Patrick Kullmann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln), Maj-Britt Jungjohann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Jan Schmid (LV Grüne Jugend Berlin), Jenni Winterhagen (KV Berlin-Pankow), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Norbert Schmedt (KV Berlin-Pankow), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf), Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf), Lilly Aepfelbach (LV Grüne Jugend Berlin), Stella Alexandra Weißenburg (KV Berlin-Neukölln), Aeneas Niklas Marxen (KV Berlin-Reinickendorf), Roxana Roder (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vivien Knies (KV Berlin-Spandau), Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Neukölln), Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf), Tim Dollnik (KV Berlin-Reinickendorf), Inken Patermann (KV Berlin-Spandau), Johanna Skarabis (LV Grüne Jugend Berlin), Tanja Prinz

(KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Frank Schubert (KV Berlin-Pankow), Gernot Lobenberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Marie Bierganzen (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Peter Dennebaum (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Sarah Erdmann (KV Berlin-Lichtenberg), Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg), Oliver Gellert (KV Berlin-Spandau), Hans-Christian Höpcke (KV Berlin-Lichtenberg), Nico Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Sebastian Sooth (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Clemens Minnich (KV Berlin-Spandau), Andreas-Martin Selnow (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Manuel Felipe Nastold Thomas (KV Berlin-Lichtenberg), Jochen Jürgensen (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sonja Gerth (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bodo Byszio (KV Berlin-Spandau), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Grothe (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Milan Bachmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Paul Schuster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg), Daniela Wannemacher (KV Berlin-Neukölln), Lisa Karoline Ruppel (KV Berlin-Neukölln), Femke Hustert (KV Berlin-Neukölln), Rahul Schwenk (KV Berlin-Neukölln), Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Wolfgang Höckh (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Karin Bunte (KV Berlin-Spandau), Ralf Radojkow (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Philipp Freisleben (KV Berlin-Spandau), Laura Benning (KV Berlin-Pankow), Alice Schreiber (KV Berlin-Lichtenberg)

V-4-116: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Franziska Margraff (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 115 bis 117 einfügen:

Standards der Personalführung, der Arbeitsplatzsituationen sowie der Vergütung auseinandersetzt. Die Arbeitsgruppe besteht aus je einem*einer Vertreter*in der KleiKo, der großen Kreisverbände, der Gruppe der (nicht) jwd, der LAG GewerkschaftsGrün, der Kreisgeschäftsführungen sowie des Landesvorstandes und der Landesgeschäftsführung. Weiterhin wird ein ergebnisoffenes juristisches Gutachten in Auftrag gegeben, um zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, eine gemeinsame

Von Zeile 119 bis 120 einfügen:

diesem Ergebnis prüft die Arbeitsgruppe, ob und welche Überarbeitung der Ombudsstelle notwendig wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden spätestens sechs Monate nach Erhalt des ergebnisoffenen Gutachtens im Rahmen des Bezirksvorständetreffens, eines Landesausschusses oder einer Landesdelegiertenkonferenz vorgestellt, diskutiert und darauf abgeleitete Maßnahmen der Beschlussfassung zugeführt.

Begründung

Aufbauend auf dem Änderungsantrag V-4-110 strebt dieser Änderungsantrag kleinere Präzisierungen an.

Ziel ist es, beide Änderungsanträge zu einen, um den Ursprungsantrag ins. hinsichtlich der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und des zeitlichen Rahmens der Erarbeitungsphase zu konkretisieren.

Allen bereits eingereichten Änderungen des V-4-110 stimmt dieser Änderungsantrag darüber hinaus zu und griff einzelne Punkte lediglich aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht erneut auf.

Unterstützer*innen

Vivien Knies (KV Berlin-Spandau), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Alice Schreiber (KV Berlin-Lichtenberg), Robert Losensky (KV Berlin-Spandau), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)

V-4-132: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 131 bis 133 einfügen:

Repräsentanzen gibt, soll der Landesverband ein Konzept für mobile Formate erarbeiten, um vor Ort präsent zu sein. In einem ersten Schritt schaffen wir die technische Ausstattung für mobile Veranstaltungen im öffentlichen Raum mit einer einfach zu bedienenden Ton- und Videoanlage mit Mikrofonen, Lautsprecher und Beamer, die Gliederungen bei der Landesgeschäftsstelle ausleihen können. Wir wollen so noch besser in die ganze Stadt hinein wirken und unsere Mitglieder motivieren, bei sich vor Ort und auch da, wo wir bisher nur wenige

Begründung

Da die mobilen Formate auch für die Wiederholung der Bundestagswahl eingesetzt werden können, soll der notwendige technische Teil schon vorab beschafft werden.

Unterstützer*innen

Nico Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jette Nietzard (LV Grüne Jugend Berlin), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg), Stephanie Stockklauser (KV Berlin-Lichtenberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Peter Dennebaum (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tim Dollnik (KV Berlin-Reinickendorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Brigitte Sakrzewski (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)

V-4-144: Wurzeln stärken, weiter wachsen - Der Strukturreformprozess des Landesverbands

Antragsteller*innen Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei)

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:

angrenzenden Brandenburger Umland an, um unsere grünen Ideen für die Metropolregion gemeinsam weiterzuentwickeln.

Zur Stärkung der Kreisverbände gehört für uns auch, die basisdemokratischen Strukturen den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und die Vorgaben für die innerparteilich Demokratie zu überprüfen. Dazu gehört u.a.,

- ob es auch für die Mitgliederversammlung auf Bezirksebene bei Beschlüssen und Wahlen ein Quorum für die Beschlussfähigkeit geben soll vergleichbar mit dem auf Landesebene für die LMV,
- ob die Einführung des Instituts der Briefwahl zur Erreichung des Beteiligungsquorums von Mitgliederversammlungen genutzt werden kann und sollte,
- ob es auf Bezirksebene auch die satzungsmäßig verankerte Möglichkeit für einen strukturellen Unterbau vergleichbar mit dem auf Landesebene und entsprechende Delegiertenkonferenzen braucht,
- welche neuen Formen der Beteiligung wie Online-Abstimmungen und Mitgliederbefragungen für die Basisorientierung der Partei sinnvoll und machbar sind,
- ob die Bildung von AGen in den Bezirken auch dadurch gefördert werden kann, dass ihnen eine größere Bedeutung bei der Meinungsbildung eingeräumt werden, z.B. durch ein fachliches Vetorecht mit aufschiebender Wirkung bei inhaltlichen Beschlüssen, die ihren Themenbereich betreffen.

Unterstützer*innen

Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Michael Gaedicke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), David Braun (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Doris Manzke Stoltenberg (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

V-1-020: Besetzung von Leitungspositionen an Kultureinrichtungen Berlin

Antragsteller*innen Louis Krüger (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 19 bis 20:

- Organisationen mit überregionaler Expertise sowie Expert*innen für Diversität, Nachhaltigkeit, Inklusion, Gleichstellung und Gleichstellung kulturelle Bildung.

Begründung

Kulturelle Bildung bedeutet Bildung zur kulturellen Teilhabe. Kulturelle Teilhabe bedeutet Partizipation am künstlerisch kulturellen Geschehen einer Gesellschaft im Besonderen und an ihren Lebens- und Handlungsvollzügen im Allgemeinen. Im Ergebnis bedeutet kulturelle Bildung die Fähigkeit zur erfolgreichen Teilhabe an kulturbezogener Kommunikation mit positiven Folgen für die gesellschaftliche Teilhabe insgesamt.

Die professionellen Kultureinrichtungen selbst, wie z. B. Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken, Kunstvereine, Kulturzentren, wirken durch ihre Arbeit für ihre Besucher faktisch immer auch kulturell bildend. Sie haben in den letzten Jahren ihren Bildungsauftrag auch als explizite Aufgabe neu entdeckt, nicht zuletzt als Akt des "audience development". Sie wollen und müssen ihr Publikum selbst heranbilden, nachdem deutlich wurde, dass die nachwachsenden Generationen ihren Weg zu ihnen nicht mehr wie früher finden.

Aus diesen Gründen halte ich eine Beschäftigung auch mit der kulturellen Bildung bei der Besetzung von Leitungspositionen für geboten.

Unterstützer*innen

Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte), Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Neukölln)

V-2-001: Religiöse Vielfalt im Staatsdienst zulassen – Neutralitätsgesetz abschaffen

Antragsteller*innen LAG Säkulare Grüne (dort beschlossen am:
29.11.2023)

Ändern in:

Neutralitätsgesetz verfassungskonform ändern, nicht abschaffen!

Wir fordern die Abgeordnetenhaus-Fraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass das Berliner Neutralitätsgesetz verfassungskonform hinsichtlich des Schulbereichs geändert wird. Dazu ist § 2 des Gesetzes an die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts anzupassen.

Änderungen hinsichtlich weiterer Bereiche des Öffentlichen Dienstes, wie sie im Berliner Neutralitätsgesetz geregelt sind, oder gar die Aufhebung des gesamten Gesetzes, sind verfassungsrechtlich nicht erforderlich; sie wären auch politisch ein völlig falsches Signal.

Ferner empfehlen wir der Senatsjustizverwaltung, die im August 2020 eingeführte Regelung für Rechtsreferendar*innen in der juristischen Ausbildung bei der Ausübung hoheitlicher Tätigkeiten religiöse Symbole / religiös konnotierte Kleidungsstücke tragen zu dürfen, wieder aufzuheben.

Begründung

a) Schulbereich

Wir sind uns mit den Initiator*innen des Ursprungsantrags V-2 darin einig, dass das Berliner Neutralitätsgesetz in Umsetzung des BAG-Urteils vom 27. August 2020 zwingend für den Schulbereich zu ändern ist.

Es darf somit bei religiös konnotierten Kleidungsstücken und Symbolen nicht pauschal und abstrakt eine Störung des Schulfriedens angenommen werden, sondern nur im konkreten (zu begründenden) Einzelfall.

Hingegen ist die von der AH-Fraktion in ihrem Änderungsantrag vom 12.09.2023 (Drs. 19/1164) verlangte vollständige Streichung des § 2 des Neutralitätsgesetzes zur Erreichung einer Verfassungskonformität nicht erforderlich. Vielmehr würde sie suggerieren, dass eine konkrete Störung des Schulfriedens durch religiöse oder weltanschauliche Symbole gar nicht vorkommen könnte.

Schon seit längerem ist aber Realität, dass der soziale Anpassungsdruck durch streng religiöse muslimische Schüler*innen auf liberale oder säkulare Mitschüler*innen zu einer Beachtung religiöser Verhaltensregeln in puncto Bekleidung, halal-Essen, Fasten im Ramadan u.a. in manchen Schulklassen mit einem großen Anteil muslimischer und alevitischer Schüler*innen hoch ist. Dabei wird in erster Linie Druck auf andere Schüler*innen aus muslimischen und alevitischen Elternhäusern ausgeübt. Durch Lehrkräfte als Autoritäten mit entsprechenden religiösen Symbolen würde dieser Anpassungsdruck deutlich erhöht, selbst wenn er nur nonverbal vermittelt würde (BVerfG vom 27.01.2015, Rn. 68:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/01/rs20150127_1bvr047110.html)

Auch wenn es dem Anschein nach ausschließlich um ein „Kopftuchverbot“ geht, darf nicht übersehen werden, dass bei einer Streichung des § 2 des Neutralitätsgesetzes jede andere Glaubensrichtung berechtigt wäre, während des Schulunterrichts ihre religiösen Symbole demonstrativ zur Schau zu stellen. Somit könnten sich Vertreter*innen anderer Religionsgemeinschaften, insbesondere evangelikal orientierte Lehrkräfte – sicherlich in religiös/weltanschaulich anders zusammengesetzten Schulklassen, aber auch in Schulklassen mit einem hohen Anteil muslimischer Schüler*innen – ermuntert fühlen ihre eigene subtile Missionierung betreiben. Dafür, das Kreuz demonstrativ im Schulunterricht zu tragen, plädierte 2020 der damalige CDU-MdB Volker Kauder.

Der Schulfrieden ist ein anerkanntes Schutzgut für Verwaltung und Rechtsprechung (BVerfG vom 27.01.2015 u.a.). Er lässt sich definieren als ein Zustand der Konfliktfreiheit und -bewältigung, der den ordnungsgemäßen Unterrichtsablauf ermöglicht,

damit der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag verwirklicht werden kann (Bundesverwaltungsgericht - BVerwG - vom 30.11.2011, Rn. 42). Seine ausdrückliche Aufnahme in den Gesetzestext hat auch praktische Bedeutung für die Sanktionierung etwaiger Verstöße, seien sie religiöser (Verbot eines Gebets-raums in einer Weddinger Schule: BVerwG vom 30.11.2011) oder anderer Art (Versetzung einer Schulleiterin wegen ihres Führungsstils: Oberverwaltungsgericht NRW vom 28.04.2022).

b) Polizei, Justiz, Strafvollzug

Unabhängig von den o.g. Änderungen für den Schulbereich sind Änderungen für Polizei, Justiz, Strafvollzug nicht aufgrund von Rechtsprechung geboten; im Gegenteil, mit seiner Entscheidung vom 14.01.2020 - 2 BvR 1333/17 - hat das BVerfG Bund und Ländern freigestellt, ob sie Rechtsreferendarinnen das Tragen religiöser Kleidungsstücke erlauben. Ebenso hat sich in diesen Tagen der EuGH zu religiösen/weltanschaulichen Symbolen im Öffentlichen Dienst geäußert. Es sind rein politische Angelegenheiten.

Die Berliner*innen sind in noch viel stärkerer Weise als bei der Schulpflicht in den Bereichen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten und Strafvollzug staatlichem Einfluss oder gar Zwangsmaßnahmen unterworfen. Daher ist hier jeder Anschein von Voreingenommenheit religiöser oder weltanschaulicher Art zu vermeiden.

Angesichts der religiösen Heterogenität in Berlin, wobei die Religionsfreien die Mehrheit der Berliner Bevölkerung stellen, dürfte es dem gesellschaftlichen Frieden abträglich sein von einer Polizistin mit Hijab bei einer Demonstration kontrolliert, von einem Staatsanwalt mit Kreuz um den Hals bzw. einem Richter mit Kippa verurteilt oder einer Justizvollzugsbeamtin mit Kreuz bewacht zu werden.

In diesem Zusammenhang sollte auch die im August 2020 eingeführte Regelung für Rechtsreferendar*innen im Sinne der Neutralität der Gerichte und Staatsanwaltschaften, nicht zuletzt aber auch wegen der unnötigen Arbeitsbelastung aufgrund der ständigen Begleitung durch Richter*innen oder Staatsanwält*innen als Ausbilder*innen beendet werden.

Im Übrigen stünde die vollständige Aufhebung des Neutralitätsgesetzes diametral im Gegensatz zu dem unverändert fortgeschriebenen Wahlprogramm der Grünen von 2021: "Außerdem achten wir die Urteile des Bundesverfassungsgerichts und werden das Berliner Neutralitätsgesetz hinsichtlich Lehrkräften anpassen."

Folgerichtig hat sich unsere Spitzenkandidatin kurz vor Wiederholungswahl vom 12.02.2023 entsprechend geäußert: "Die Grünen-Spitzenkandidatin für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und Berliner Umweltsenatorin Bettina Jarasch tritt auch künftig für

ein Kopftuchverbot in weiten Teilen des öffentlichen Diensts ein. 'Wir wollen die rechtskonforme Änderung, nicht die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes', erklärte der Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen Michael Schroeren auf Anfrage." (Tagespiegel 05.02.2023).

Der unerwartete Wechsel der Grünen in die Opposition sollte nicht dazu führen, alles über Bord zu werfen, was Grüne gestern gesagt haben.

V-2-019: Religiöse Vielfalt im Staatsdienst zulassen – Neutralitätsgesetz abschaffen

Antragsteller*innen Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 18 bis 20 einfügen:

Auch im Bereich der Rechtspflege, des Justizvollzugs oder der Polizei hat das Neutralitätsgesetz ausgedient. Das Verbot ist diskriminierend, antifeministisch, antiquiert und überholt. Die Anwendung des Neutralitätsgesetzes hält in der Praxis insbesondere muslimische Frauen davon ab in den Staatsdienst einzutreten und damit finanziell sichere und gesellschaftlich angesehene Karrierewege einzuschlagen. Durch das Gesetz werden nicht nur individuelle Lebenswege eingeschränkt. Öffentliche Arbeitgeber*innen verpassen auch die Chancen, die sich aus den vielfältigen Perspektiven und Lebenserfahrungen einer diversen Mitarbeiterschaft ergeben. Es gibt keine überzeugenden, durchtragenden Gründe, die ein solches Verbot in unserer

Begründung

Das sogenannte "Berliner Neutralitätsgesetz", das Staatsbediensteten das Tragen religiöser Symbole verbietet, erscheint aus der Perspektive des intersektionalen Feminismus als diskriminierend und antifeministisch. (Intersektionaler Feminismus analysiert die Wechselwirkungen verschiedener Unterdrückungsformen, wie etwa Geschlecht, Religion, Ethnizität und sozialer Klasse.)

1. **Einschränkung der individuellen Selbstbestimmung:** Das Gesetz schränkt die individuelle Entscheidungsfreiheit von Menschen ein, religiöse Symbole zu tragen. Das Recht, die eigene religiöse Identität auszudrücken, sollte ihre beruflichen Möglichkeiten nicht beeinträchtigt.
2. **Reproduktion patriarchaler Strukturen:** Das Verbot religiöser Symbole kann dazu beitragen, patriarchale Strukturen zu reproduzieren, indem es insb. Frauen bestimmter religiöser Gruppen daran hindert, ausgewählte Berufe zu ergreifen, die gesellschaftlich angesehen und finanziell attraktiv sind. Statt Frauen zu empowern, verstärkt das Verbot bestehende Machtungleichgewichte und hemmt die Gleichberechtigung.
3. **Selektive Diskriminierung:** Das Gesetz benachteiligt bestimmte Gruppen

stärker als andere, was zu einer selektiven Diskriminierung führen kann.

4. **Fehlende Anerkennung von Vielfalt:** Der intersektionale Feminismus betont die Bedeutung der Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt. Das Neutralitätsgesetz kann als Ausdruck einer homogenen, kulturdominanten Vorstellung von Neutralität interpretiert werden, die die Vielfalt der Identitäten von Menschen negiert.
5. **Verschärfung struktureller Benachteiligung:** Frauen, die bereits aufgrund anderer Faktoren wie Ethnizität oder sozialer Klasse benachteiligt sind, könnten durch das Verbot religiöser Symbole weiter marginalisiert werden. Dies verschärft bestehende strukturelle Benachteiligungen.

Zusammengefasst kann das Berliner Neutralitätsgesetz aus einer intersektional-feministischen Perspektive als diskriminierend und antifeministisch betrachtet werden, da es die individuelle Selbstbestimmung insbesondere von Frauen beeinträchtigt, patriarchale Strukturen reproduziert, selektive Diskriminierung fördern kann, die Vielfalt der Identitäten negiert und strukturelle Benachteiligungen verstärken kann.

Weitergehend hierzu der Beschluss der Frauen-Konferenz

(https://gruene.berlin/beschluesse/selbstbestimmung-und-gelebte-vielfalt-fuer-ein-en-de-der-diskriminierung-kopftuchtragender-frauen-im-berlin-oeffentlichen-dienst-und-damit-fuer-die-abschaffung-des-neutralitaetsgesetzes_10) und das Positionspapier

der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

(

<https://mcusercontent.com/23badfa9a1d538939494ea407/files/dd3e37a1-09f8-28ff-0bab-467fd18f3eb7/PPNeutralit%C3%A4tsgesetz.pdf>)

Unterstützer*innen

Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte), Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Clara Kölmel (LV Grüne Jugend Berlin), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte), Laura Benning (KV Berlin-Pankow), Jennifer Bode (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-

Friedrichshain/Kreuzberg), Judith Bonifer (KV Berlin-Lichtenberg), Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

V-3-001: Kontowechsel des Landesverbands für ein GRÜNES Berlin – nachhaltig auch beim Geld!

Antragsteller*innen Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 1 bis 2:

Der Landesverband Berlin führt ~~nach wie vor~~bisher seine Konten bei der Berliner Sparkasse. Die Berliner Sparkasse ist – wie fast alle Sparkassen – keine nachhaltige Bank, fördert fossile

Von Zeile 4 bis 7:

~~Wir fordern den~~Der Landesverband Berlin ~~auf, schnellstmöglich mit allen seinen Partei-~~richtet kurzfristig Konten ~~zu~~bei einer nachhaltigen Bank ~~zu wechseln~~ein. Auf diesen Konten sollen wenigstens 80% der Mittel des Landesverbands bis spätestens Ende 2025 angelegt sein. Bis dahin soll auch allen Bezirksgruppen die Möglichkeit gegeben werden, Unterkonten bei der betreffenden Bank einzurichten. Hierfür muss ein bekannter, öffentlich einsehbarer Bewertungsmaßstab für die Bank ausgewählt werden. Die Wahl der Prinzipien ist parteiöffentlich zu machen. Um den Wechsel für Mitglieder und Spender*innen mit Daueraufträgen in Ruhe umsetzen zu können, sind Mehrkosten für die Aufrechterhaltung der Konten in Kauf zu nehmen, die Spenden empfangen. Der Wechsel aller Unterkonten soll bis ~~spätestens Dezember 2025~~Ende 2026 erfolgen. Über den Fortschritt des Wechsels und Umfang der Nutzung der Altkonten ist dem Landesfinanzrat jährlich zu berichten.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin unterstützen die Berliner Sparkasse als wichtigen Berliner Wirtschaftspartner. Dabei fordern wir aber ein klareres Bekenntnis zur nachhaltigen Geldanlage, das über Absichtserklärungen und nachhaltige Anlageangebote für Kund*innen hinausgeht.

Begründung

Das Einrichten eines neuen Kontos ist ein überschaubarer Prozess. Der Umzug von

SEPA-Einzugsmandaten und die Motivation von Dritten, ihre Aufträge auf ein neues Konto zu übertragen, kann sich dahingegen langwieriger gestalten. Der Landesvorstand soll ausreichend Zeit für die Umsetzung haben, zugleich sollen die Mittel von Bündnis 90/Die Grünen nicht unnötig lang indirekt auch den Handel mit fossilen Brennstoffen unterstützen.

Unterstützer*innen

Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Norbert Schmedt (KV Berlin-Pankow), Claudia Jung (KV Berlin-Pankow), Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf), Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln), Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf)

V-3-001-2: Kontowechsel des Landesverbands für ein GRÜNES Berlin – nachhaltig auch beim Geld!

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
30.11.2023)

Von Zeile 1 bis 7:

~~Der Landesverband Berlin führt nach wie vor seine Konten bei der Berliner Sparkasse. Die Berliner Sparkasse ist – wie fast alle Sparkassen – keine nachhaltige Bank, fördert fossile Brennstoffe und wird von vielen Klima- und Umweltverbänden kritisiert.~~

~~Wir fordern den Landesverband Berlin auf, schnellstmöglich mit allen seinen Partei-Konten zu einer nachhaltigen Bank zu wechseln. Hierfür muss ein bekannter, öffentlich einsehbarer Bewertungsmaßstab für die Bank ausgewählt werden. Die Wahl der Prinzipien ist parteiöffentlich zu machen. Der Wechsel soll bis spätestens Dezember 2025 erfolgen.~~

Der Landesverband prüft ergebnisoffen, ob ein Kontowechsel mittelfristig sinnvoll ist. Bei dieser Prüfung spielen vor allem folgende Kriterien eine Rolle: das Geschäftsmodell, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, Service, Sicherheit (insbesondere die Möglichkeit das Vier-Augen-Prinzip gut umzusetzen), Konditionen, Regionalität und Kosten eines möglichen Kontowechsels.

Die Ergebnisse der Prüfung werden im Landesfinanzrat diskutiert. Der Landesfinanzrat spricht eine Empfehlung an den Landesvorstand aus, ob ein Kontowechsel sinnvoll ist und wenn ja, zu welcher Bank.

Begründung

Der Landesfinanzrat hat in der Vergangenheit schon häufiger über das Thema Kontowechsel diskutiert und sich immer dagegen entschieden. Dennoch ist es sinnvoll, dort die Diskussion weiterzuführen. Eine eilige Vorfestlegung und Entscheidung in dieser operativen Frage zu treffen, wäre hier nicht sinnvoll und möglicherweise nicht ohne negative Konsequenzen umzusetzen.

V-3-004: Kontowechsel des Landesverbands für ein GRÜNES Berlin – nachhaltig auch beim Geld!

Antragsteller*innen Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 4 bis 7:

Wir fordern den Landesverband Berlin auf, **schnellstmöglich** **mittelfristig** mit allen seinen Partei-Konten zu einer nachhaltigen Bank zu wechseln. Hierfür muss ein bekannter, öffentlich einsehbarer Bewertungsmaßstab für die Bank ausgewählt werden. Die Wahl der Prinzipien ist parteiöffentlich zu machen. ~~Der Wechsel soll bis spätestens Dezember 2025 erfolgen.~~

Begründung

Der Umzug der gesamten Kontoinfrastrukturen des Landesverbandes ist ein langwieriges, nicht in einem Schnellschuss durchzuführendes Verfahren. Dies ist ein Prozess dem man den nötigen zeitlichen Rahmen geben sollte.

Unterstützer*innen

Alice Schreiber (KV Berlin-Lichtenberg), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Nico Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Sarah Erdmann (KV Berlin-Lichtenberg), Christine Pinto (KV Berlin-Lichtenberg), Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Juliana Wimmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Torben Elias Joswich (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Yasmin Vadood (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Oskar Sander (LV Grüne Jugend Berlin), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Maximilian-

Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei)

V-5-016: Hühner, zur Sonne, zur Freiheit – Qualzuchten bei Geflügel beenden

Antragsteller*innen LAG Tierschutzpolitik (dort beschlossen am:
25.11.2023)

Von Zeile 15 bis 19:

Entzündungen bis zu Nekrosen, die aktuell mangels tiergestützter Indikatoren während regulärer Kontrollen zudem kaum erfasst werden.

Bis zu 97 Prozent der Hennen einer Herde können von Frakturen und bis zu 83 Prozent der Hennen von Deformationen betroffen sein. Da Brustbeinfrakturen und möglicherweise auch -deformationen mit hoher Wahrscheinlichkeit schmerzhaft sind und die Bewegungsfähigkeit der betroffenen Tiere beeinträchtigen, werden Brustbeinschäden als eines der größten Tierschutzprobleme in der Legehennenhaltung betrachtet (13).

Die Folgen sind schwere Leiden und Schmerzen, die ein artgemäßes Verhalten nicht zulassen und in erheblichem Umfang zum vorzeitigen Tod der Tiere führen. Dies verstößt neben dem „Qualzuchtparagraphen“ auch gegen den Paragraphen 3 des Tierschutzgesetzes, nach dem einem Tier keine Leistungen abverlangt

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:

übersteigen. Selbst unter Bio-Haltungsbedingungen wäre die Gesundheit dieser Zuchten deutlich schlechter als von langsamer wachsenden Rassen für Bio-Freilandhaltung (3,4). Auch langsamer wachsende Masthybride weisen Qualzuchtmerkmale auf.

Die Qualzucht und -haltung funktioniert oftmals nur unter permanentem, oftmals prophylaktisch und metaphylaktisch erfolgreichem Einsatz von Antibiotika (3,4,14) mit entsprechender Auswirkung auf die Ernährungssicherheit und Gesundheitsrisiken auch von uns Menschen durch multiresistente Keime (5).

Von Zeile 109 bis 110 einfügen:

Tierschutzrechts. Die Verwirklichung des Staatsziels Tierschutz de lege lata.

<https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748928478/reform-des-tierschutzrechts>

(13) [FLI-Broschüre "Brustbeinschäden bei Legehennen - aktueller Stand des Wissens", 19.7.2022. https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar_derivate_00047411/FLI-Zusatzinformation_Brustbeinschaeden-bei-Legehennen_bf.pdf](https://www.openagrar.de/servlets/MCRFileNodeServlet/openagrar_derivate_00047411/FLI-Zusatzinformation_Brustbeinschaeden-bei-Legehennen_bf.pdf)

(14) [Ebner, Rupert \(2021\): Antibiotika für Nutztiere: sinnvolle Therapie und Missbrauch, in: Neussel, Walter \(Hrsg.\): Verantwortbare Landwirtschaft statt Qualzucht und Qualhaltung, S. 167 ff. https://www.oekom.de/_files_media/titel/leseproben/9783962383039.pdf](https://www.oekom.de/_files_media/titel/leseproben/9783962383039.pdf)

Begründung

Ergänzung unseres eigenen Antrags Aspekt "One Health", Zahlen zu den Brustbeinbrüchen sowie Hinweis, dass auch EU-Bio leider nicht frei von Qualzuchten ist.

V-6-001: Berlin soll die Wiedereröffnung der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee sicherstellen

Antragsteller*innen Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln)

Ändern in:

Berlin soll die Sicherheit jüdischer und muslimischer Einrichtungen sicherstellen

Die LDK erklärt ihre Solidarität mit allen Synagogen und Moschee-Gemeinden, die derzeit gefährdet sind, deren Mitglieder und Besucher*innen Angst haben, sich dort zu treffen. Wir fordern vom Berliner Senat und den Sicherheitsbehörden, gemeinsam mit Synagogen, jüdischen und israelischen Vereinen sowie mit Moschee-Gemeinden, der Islamischen Grundschule, der Islamischen Akademie etc. Schutzkonzepte zu entwickeln, damit diese Orte offen bleiben und/oder wieder eröffnet werden können. Die Religionsfreiheit muss für die Mitglieder von Synagogen, Moschee-Gemeinden und anderen Einrichtungen der Gemeinden in vollem Umfang wiederhergestellt und garantiert werden. In der derzeitigen Gefährdungssituation sollten dabei die Religionsfreiheit großzügig ausgelegt und auch Orte geschützt werden, die weniger der unmittelbaren Religionsausübung dienen, aber religiös markiert sind.

Auf jüdischer Seite, ist besonderes Augenmerk auf die Institutionen zu legen, die durch das Sicherheitskonzept der Jüdischen Gemeinde nicht schon mitversorgt sind: Etwa die Drei-Religionen-Kita, die Synagogengemeinde Kahal Adass Jisroel und der Verein Hillel. Auf muslimischer Seite betrifft das die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, die eine wichtige Anlaufstelle für queere und liberale Muslim*innen in Berlin ist, die Islamische Grundschule und insbesondere die Moschee-Standorte, die schon in der Vergangenheit Ziel von Anschlägen waren. Sie alle müssen ohne Gefahren für Leib und Leben besucht werden können.

Begründung

Der Schutz von Orten der Religionsausübung sowie Orten und Institutionen, an denen Muslim:innen und Jüd:innen erkennbar und damit gefährdet sind, müssen besser geschützt werden. Es darf nicht sein, dass ihre Besucher:innen und Nutzer:innen Angst haben, sie aufzusuchen.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), Peter Dennebaum (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Beate Sattler-Ashoff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte), Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow)

V-8-001: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am:
18.11.2023)

Ändern in:

Prävention, Gefahrenabwehr, Sozialarbeit - Sicherheitspolitik kann nur ganzheitlich gelingen

Für uns Bündnisgrüne gilt: wir betrachten die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Berlin ganzheitlich. Dabei denken wir Prävention, Gefahrenabwehr und Sozialarbeit zusammen. Nur durch eine enge Verzahnung aller Bereiche können wir auf der einen Seite akuten Gefahrenlagen wirksam begegnen, auf der anderen Seite aber auch die Ursachen der Probleme in den Blick nehmen und nachhaltige Lösungen entwickeln. Dabei gilt: Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir GRÜNE sind die Partei der Grund- und Menschenrechte. Wir teilen das Sicherheitsbedürfnis aller Berliner:innen und haben dabei immer auch die Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen und die Perspektiven marginalisierter Gruppen im Blick.

Der Polizei kommt eine zentrale Rolle dabei zu, Sicherheit in unserer Stadt zu gewährleisten. Die Politist:innen leisten hierfür unter oft höchstem persönlichen Einsatz einen unverzichtbaren Job. Auch in der aktuellen Gefahrenlage mit teilweise offen antisemitischen Ansammlungen in der Stadt und einer gesteigerten Bedrohungslage für Jüd:innen und deren Einrichtungen ist es nicht zuletzt die Polizei, die für deren Schutz einsteht. Hierfür gebührt den Beamt:innen unser Dank und unsere Wertschätzung. Damit die Polizist:innen den anspruchsvollen Anforderungen bestmöglich gerecht werden können, setzen wir uns dafür ein, dass sie die dafür notwendige Ausstattung zur Verfügung haben. Ausdruck der Wertschätzung für die Polizei fängt damit an, dass die polizeilichen Liegenschaften in einen adäquaten Zustand gebracht werden. Hier ist bislang nicht erkennbar, dass der Senat die Initiative ergreift. Stattdessen sind viele Liegenschaften baufällig und als Arbeitsstätte eine Zumutung. Hier setzen wir auf eine Modernisierung von Bestandsbauten, die auch Klimaschutzaspekte und zukünftige Bedürfnisse berücksichtigt. Alle Liegenschaften müssen den Anforderungen an moderne

Arbeitsplätze und des Gesundheitsschutzes genügen.

Wichtig ist auch, den Polizist:innen angemessene Einsatzmittel für ihre Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Die Digitalisierung der Polizeiarbeit spielt dabei eine zentrale Rolle und kann die belasteten Mitarbeiter:innen erheblich entlasten. Dabei muss die polizeiliche Datenverarbeitung transparent gestaltet werden und sich an den Grundsätzen der Datenminimierung sowie privacy by design und default orientieren sowie durch eine Technikfolgenabschätzung begleitet werden. Bei der Einführung neuer Einsatzmittel ist für uns entscheidend, dass diese evidenzbasiert erfolgt. Daran müssen sich auch die vorgelegten Vorschläge des Senats zur Ausweitung von Bodycams und Tasern messen lassen - Symbolpolitik hilft niemandem. Bodycams können einen Beitrag zur Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden leisten, wenn sich die Einführung an echten Einsatzszenarien sowie Zielbildern orientiert und sie rechtssicher erfolgt - daran mangelt es beim Senatsvorschlag. Inwieweit Taser bei der Aufgabenerfüllung helfen, ist weiter zu evaluieren und die Ergebnisse des Modellversuches sind einzubeziehen. In beiden Fällen strotzt der vorgelegte Gesetzentwurf vor rechtlichen und tatsächlichen Unsicherheiten. So soll der Taser nicht eingesetzt werden dürfen, bei dem "äußeren Anschein nach vorhandenen Vorerkrankungen des Herzkreislaufsystems" - gut gemeint, schlecht gemacht. Entsprechende Erkrankungen dürften für Polizist:innen ganz überwiegend nicht erkennbar sein. Dies gefährdet vulnerable Personengruppen und die rechtliche Unsicherheit über den Einsatz geht voll zu den Lasten der eingesetzten Beamt*innen. Damit erreicht man das Gegenteil der noch beim Sicherheitsgipfel versprochenen Stärkung der Rechtssicherheit für Einsatzkräfte und hilt niemanden bei herausfordernden Einsatzlagen. Erste Daten deuten darauf hin, dass Taser in nicht wenigen Fällen gegen Menschen in psychischen Krisen eingesetzt werden könnten. Gerade in einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen psychisch erkranken, brauch es in diesen Situationen aber in erster Linie nachhaltige Interventionskonzepte, die die Situation dieser Menschen berücksichtigen. Die alleinige Verantwortung kann hier nicht bei der Polizei liegen. Hier sollten aus den USA kommende Modelle wie Kriseninterventionsteams, Co-Responder-Teams sowie Schulungen zu impliziten Vorurteilen etc. geprüft werden. Wie der Einsatz von Bodycams in Privatwohnungen häusliche Gewalt verhindern soll, wie es im Gesetzentwurf heißt, bleibt eine offene Frage, die der Senat bislang nicht beantworten konnte. Um dieses Ziel zu erreichen, scheint es vielversprechender, die Kapazitäten von

Frauenhäusern und Beratungsstellen auszubauen. Falsche Erwartungen an Bodycams zu wecken führt nicht weiter. Dass die Ausweitung der Bodycams auf Feuerwehren und Rettungsdienste erfolgen soll, unterstützen wir als Konsequenz der Übergriffe gegen Mitarbeitende dieser Organisationen im Zusammenhang mit dem letzten Jahreswechsel. Bodycams können außerdem einen Beitrag bei der Aufklärung möglichen polizeilichen Fehlverhaltens leisten. Die Ansätze, Bodycams verpflichtend bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang sowie auf Wunsch der von einer polizeilichen Maßnahme betroffenen Person einzuschalten, befürworten wir.

Damit die Polizei ihre Aufgaben angemessen erfüllen kann, benötigt sie das Vertrauen der Bevölkerung, unabhängig von Herkunft, Identität oder sozialer Schicht. Jeder Vorfall unrechtmäßiger Gewaltanwendung oder rechtsextremer Chatgruppen rütteln an diesem Vertrauen und erschwert damit auch die Arbeit der übergroßen Mehrheit der Polizist:innen, die ihren Dienst tagtäglich hoch engagiert und rechtsstaatstreu versehen. Daher ist ein konsequentes Durchgreifen bei rassistischen, antisemitischen, ableistischen (behindertenfeindlichen) oder anderweitig diskriminierenden Verhaltensweisen unabdingbar und das Thema Antidiskriminierung zentral für die Aus- und Fortbildung von Polizeibeamt:innen. Die Polizei ist eine lernende Behörde.

Um mögliches polizeiliches Fehlverhalten besser aufzuklären und das Vertrauen auch marginalisierter Bevölkerungsgruppen in die Polizei zu stärken, braucht es starke Polizeibeauftragte. Die jüngsten Empfehlungen des Deutschen Instituts für Menschenrechte liefern wertvolle Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung. Zudem braucht es Maßnahmen, die die diskriminierungsfreie Ausübung von Eingriffsbefugnissen absichern und z.B. gegen Racial Profiling wirken. Eine Maßnahme können hier Kontrollquittungen bei verdachtsunabhängigen Kontrollen an sog. kriminalitätsbelasteten Orten sein. Gleichzeitig machen Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte wie in der vergangenen Silvesternacht klar: Auch hier müssen die Präventionsanstrengungen verstärkt werden. Angriffe auf Rettungs- und Polizeikräfte und die Mitarbeitenden der Feuerwehr gefährden ihre körperliche Unversehrtheit und stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage. Derartige Angriffe auf Menschen und Rechtsstaat sind für uns nicht hinnehmbar.

Klar ist für uns auch: Bei der Polizei dürfen nicht alle gesellschaftlichen Herausforderungen abgeladen werden. Dies ist weder ihre Aufgabe noch hat die hierfür die notwendigen Kapazitäten. Vielmehr bedarf es Anstrengungen in verschiedensten Politikfeldern, um für nachhaltige Sicherheit zu sorgen. Dies reicht von der Justiz, über die Städteplanung, bis hin zur Sozialarbeit und zu gesundheitlichen Präventionsangeboten. So setzen wir darauf, risikobehaftete Orte und Angsträume besser zu beleuchten und einsehbar zu gestalten. Dies schafft an großen Plätzen, Bahnhöfen und verwinkelten

Gassen mehr Sicherheit. Elementar für nachhaltige Sicherheit ist soziale Arbeit im Jugendbereich, bei der Drogenhilfe oder der Deradikalisierung zu stärken. Bereits etablierte Projekte wollen wir ausbauen und verstetigen. Neue Konzepte an besonders kriminalitätsbelasteten Orten sind zu entwickeln. Auch in der sozialen Arbeit wollen wir den digitalen Raum mehr in den Blick nehmen und die Förderung digitaler Streetworker anstoßen.

Wir GRÜNE halten eine politische Gesamtstrategie in der Kriminalitätsbewältigung für notwendig, die Schwerpunkte festlegt und die alle gesellschaftlich Verantwortlichen gemeinsam vernetzt umsetzen. Mit dem Berliner Sicherheitsgipfel wurde ein Versuch in diese Richtung unternommen, das erkennen wir an. Dass die Umsetzung der Ergebnisse noch immer auf sich warten lässt, bedauern wir sehr. Die dringlichen Probleme verlangen eine pragmatische und schnelle Umsetzung des Vereinbarten - der Sicherheitsgipfel darf nicht zu einem Ankündigungsgipfel verkümmern.

Begründung

Der Antrag „[Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order](#)“ stellt Sozialarbeit und Gefahrenabwehr als Gegensätze dar. Das überzeugt nicht. Vielmehr muss eine moderne, evidenzbasierte Sicherheitspolitik ganzheitlich ausgestaltet sein und damit auch polizeiliche Maßnahmen umfassen. Akteure aus den verschiedenen Bereichen handeln im Idealfall abgestimmt und auf Grundlage einer übergreifenden Strategie. Nur durch die Verzahnung der unterschiedlichen Bereiche ist es möglich, sowohl auf akute Bedrohungsszenarien adäquat zu reagieren als auch die Probleme zu adressieren, die die tieferen Ursachen für die Bedrohungsszenarien darstellen. So bieten auf der einen Seite soziale Investitionen keine Lösungen für unmittelbare Gefährdungen für Leib und Leben. Auf der anderen Seite wird polizeiliches Interventions die Ursachen für z.B. Beschaffungskriminalität nicht lösen können. Ein Auspielen von Sozialarbeit gegen Gefahrenabwehr ist daher nicht zielführend. Im Sinne eines ganzheitlichen Sicherheitsansatzes stand auch der zweite Polizeikongress der Grünen Bundestagsfraktion unter dem Titel *“Polizei in der Gesellschaft - zwischen Prävention, Strafverfolgung und Sozialarbeit”*.

Unser Ziel ist es, die Polizei da zu stärken, wo dies für eine klare und zielgerichtete Abwehr für Gefahren und eine stringente Verfolgung von Straftaten erforderlich ist. Dabei stehen wir für das Ziel, dass Sicherheitsbehörden zweckgerichtet, digital und technisch unterstützt gut abgestimmt arbeiten und basierend auf klaren rechtsstaatlichen Prinzipien geordnet und effektiv kooperieren. Dabei sind uns die Prinzipien der Transparenz und die Verpflichtung zu Menschen- und Bürgerrechten besonders wichtig.

V-8-001-2: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort
beschlossen am: 30.11.2023)

Von Zeile 1 bis 4:

Als Bündnisgrüne stellen wir uns entschieden gegen die geplanten unverhältnismäßigen Verschärfungen der Berliner Polizeigesetze durch CDU und SPD- und machen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitslage innerhalb Berlins. Die beabsichtigten Änderungen enthalten zahlreiche Maßnahmen, die die Grundrechte aller Menschen in Berlin ~~aushöhlen~~ empfindlich beeinträchtigen, ohne die Sicherheit in Berlin tatsächlich zu erhöhen. Dass das Gesetz unter einem vorgeschobenen Eilbedürfnis mit hohem zeitlichen Druck durch das parlamentarische Verfahren gebracht wird, geht zu Lasten der Qualität der Bestimmungen und wird dem grundrechtsintensiven Charakter der Regelungen nicht gerecht.
Es handelt sich um Symbolpolitik:

Begründung

Wir setzen uns ein für Änderungen und Ergänzungen in der Einleitung, u.a. um

- a) von Beginn an klar zu machen, dass es eigene grüne Sicherheitspolitik gibt,
- b) die unseres Erachtens sehr drastische Formulierung "Grundrechte aushöhlen" durch eine treffendere zu ersetzen,
- c) die Defizite beim Gesetzgebungsprozess zu adressieren.

V-8-002: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 1 bis 4:

Als Bündnisgrüne stellen wir uns entschieden gegen die geplanten Verschärfungen der Berliner Polizeigesetze durch CDU und SPD. Als Grüne stehen wir ein für eine evidenzbasierte Innenpolitik, die Sicherheit ganzheitlich denkt und Bürger*innenrechte schützt. Die Sicherheitsbehörden in unserer Stadt brauchen die notwendige Unterstützung und Gesetze, die ihre Arbeit als handlungsfähige und transparente Akteure in der Berliner Sicherheitsarchitektur gewährleistet. Unser Anspruch ist, dass sich alle Menschen in Berlin sicher fühlen können.

Die beabsichtigten Änderungen der schwarz-roten Koalition hingegen enthalten zahlreiche Maßnahmen, Maßnahmen für deren Wirkung die Innensenatorin und ihre Koalition keine wissenschaftliche Belege vorweisen können und die zugleich die Grundrechte aller Menschen in Berlin aushöhlen:

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Judith Bonifer (KV Berlin-Lichtenberg), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

V-8-005: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort
beschlossen am: 30.11.2023)

Von Zeile 5 bis 8:

- ~~Menschen sollen für bis zu eine Woche eingesperrt werden können, ohne überhaupt eine Straftat begangen zu haben. Schon wer eine Ordnungswidrigkeit ankündigt oder in der Vergangenheit begangen hat, soll künftig in Präventivhaft genommen werden können. Dabei sollen künftig schon grobe Anhaltspunkte für eine solche Anordnung ausreichen.~~
- Menschen sollen für bis zu eine Woche in Präventivhaft genommen werden können, ohne eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begangen zu haben. Dazu soll gesetzlich festgeschrieben werden, dass die Annahme, eine Person werde eine Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung begehen, beispielsweise darauf gestützt werden kann, dass bei dieser ersichtlich zur Begehung solcher Taten bestimmte Gegenstände aufgefunden werden. Dieses geplante „Lex ‚Letzte Generation““ kann jedoch einerseits diese Protest und Aktivismus nicht verhindern und bürgt andererseits wegen der Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe praktisch die Gefahr, gegen andere politisch unliebsame Proteste eingesetzt zu werden – sei es auch nur wegen einer versehentlich fehlerhaften Anwendung durch die Behörden.

Begründung

Der ÄA wird insbes. gestellt, da die jetzige Formulierung den unzutreffenden Eindruck erweckt, erst durch die Änderung könne eine Präventivhaft mit Bezug zur befürchteten Begehung von OWi begründet werden. Er erläutert zudem, warum es sich um Symbolpolitik handelt.

V-8-006: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 5 bis 8 einfügen:

- Menschen sollen für bis zu eine Woche eingesperrt werden können, ohne überhaupt eine Straftat begangen zu haben. Wir sehen die Präventivhaft grundsätzlich kritisch. Für eine Haft ohne Verbrechen braucht es hohe Hürden und konkrete Beweislagen, dass durch eine Anordnung eines Unterbindungsgewahrsams konkrete Straftaten verhindert werden können. Zukünftig gilt jedoch: Schon wer eine Ordnungswidrigkeit ankündigt oder in der Vergangenheit begangen hat, soll künftig in Präventivhaft genommen werden können. Dabei sollen künftig nicht konkrete Tatsachen, sondern schon grobe Anhaltspunkte für eine solche Anordnung ausreichen. Ebenso bleibt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes unberücksichtigt, welche die Präventivhaft nur als ultima ratio für zulässig erachtet und eher in Stunden als in Tagen bemisst.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Judith Bonifer (KV Berlin-Lichtenberg), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

V-8-009: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort
beschlossen am: 30.11.2023)

Von Zeile 9 bis 10:

- ~~Der Einsatz potenziell~~ Die geplante flächendeckende und standardmäßige Zulassung des Einsatzes gesundheitsgefährdender – im Einzelfall sogar tödlicher – Taser wird zum Sicherheitsrisiko für alle, ist ein schwerwiegendes Risiko insbesondere für Menschen mit Herzschrittmachern, Vorerkrankungen oder für Schwangere. Erkrankungen und Schwangerschaften sind von außen für die im Einsatz befindlichen Polizist*innen ganz überwiegend nicht erkennbar, was für die Beamt*innen in der Anwendung eine erhebliche Rechtsunsicherheit bedeutet. Die Polizei verfügt über ausreichende Maßnahmen, um Situationen ohne den Einsatz von Elektroschocks lösen zu können.

Begründung

Der ÄA ergänzt insbesondere die Gedanken, dass die vorgesehene Regelung zu Rechtsunsicherheit führt und die Sicherheitsbehörden Gefahren auch ohne den Einsatz von Tasern abwenden können.

V-8-010: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 9 bis 10:

- Der Einsatz potenziell tödlicher Taser wird zum Sicherheitsrisiko für alle, insbesondere für Menschen mit Herzschrittmacher, Vorerkrankungen, Schwangere, Kinder aber genauso Menschen unter Drogen- oder Alkoholeinfluss sind hier großen Gesundheitsgefahren ausgesetzt. Der Taser soll zukünftig nicht als Alternative zur Schusswaffe, sondern als Alternative zum Schlagstock angewendet werden. Für uns ist klar: Taser gehören in die Hände von Spezialkräften und sind für Schwangere den täglichen Einsatz auf der Straße ungeeignet. Stattdessen braucht es multiprofessionelle Kriseninterventionsteams und mehr Schulungen im Umgang mit schwierigen Einsatzlagen und im Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmezuständen. Die neue Rechtsgrundlage hingegen verlagert die Rechtsunsicherheit in der Anwendung vollständig auf die Einsatzkräfte.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Judith Bonifer (KV Berlin-Lichtenberg), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

V-8-010-2: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Nach Zeile 10 einfügen:

- Wir begrüßen die Bodycam als bürger*innenrechtliches Instrument. Deshalb haben wir unter Rot-Rot-Grün eine Regelung im ASOG eingeführt. Die Bodycam ist ein gutes Einsatzmittel, wenn sie Polizei und Bürger*innen gleichermaßen nutzt und vor allem, wenn sie nicht aus ist, wenn sie an sein sollte. Statt einer Muss-Regelung auf Verlangen von Betroffenen kommt nun die unverhältnismäßige Ausweitung der Bodycams auf Feuerwehr, Rettungsdienst und Ordnungsämter. Schwarz-Rot ignoriert dabei, dass eine gesetzlich festgeschriebene Evaluation abgewartet werden soll und schafft vorzeitig Fakten. Dabei schießen sie über das Ziel hinaus und erlauben sogar das Filmen in Wohnungen. Die umfassende Kritik der Berliner Datenschutzbeauftragten und eine ausreichende Grundrechtsabwägung bleiben größtenteils unberücksichtigt.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

V-8-010-3: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort
beschlossen am: 30.11.2023)

Nach Zeile 10 einfügen:

- Noch bevor das Pilotprojekt zum Einsatz von Bodycams beendet oder gar ausgewertet wurde, soll deren Einsatz großflächig erweitert werden. Die vorgesehene Regelung wird dem Anspruch jedoch nicht gerecht, dass die rechtlichen Vorgaben zu Art und Weise des Einsatzes von Bodycams und zur Verwertung der Daten Polizei und Betroffenen gleichermaßen schützen. Aus Perspektive der Betroffenen bleibt die Neuregelung hinter dem notwendigen Schutzniveau zurück, da sie unter anderem nicht gewährleisten kann, dass Fehlverhalten von Beamt*innen tatsächlich aufgezeichnet werden muss.

Begründung

Die Neuregelung zu Bodycams stellt einen wesentlichen Aspekt der ASOG-Novelle dar, der ebenfalls kritigwürdig ist und daher im Rahmen des Antrags adressiert werden sollte.

V-8-011: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort
beschlossen am: 30.11.2023)

Von Zeile 11 bis 13:

- Die geplanten Messerverbotzonen ermöglichen anlasslose Maßnahmen ~~durch die Hintertür und schaffen ein Einfallstor für willkürliche Kontrollen, ohne wirklich zur Sicherheit beizutragen~~ und schaffen ein Einfallstor für willkürliche Kontrollen. Polizeiarbeit soll nicht von Vermutungen getragen werden, sondern auf handfesten Anhaltspunkten beruhen. Nur so kann zielgerichtet vorgegangen werden und gleichzeitig der Grundrechtsschutz sichergestellt werden.

Begründung

Der ÄA zielt darauf ab, die Kritik noch etwas deutlicher zu formulieren.

V-8-013: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Nach Zeile 13 einfügen:

- Videoüberwachung im öffentlichen Raum stehen wir grundsätzlich kritisch gegenüber. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass diese in der Regel höchstens zu Verdrängungseffekten und nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung führen. Außerdem sind sie als Mittel der Gefahrenabwehr wenig zielführend, wenn kein*e Polizist*in in unmittelbarer Entfernung eingreifen kann. Die Bezeichnung als „Videoschutz“ ist damit irreführend und zeigt, wie substanzlos das schwarz-rote Sicherheitsversprechen ist. Mögliche Überwachungen von Hauseingängen, ganzen Straßenzügen oder gar Wohnungen halten wir für verfassungswidrig
- Die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung und der Online-Durchsuchung als gefahrenabwehrrechtliche Instrumente lehnen wir aufgrund der Eingriffsintensität an. Zudem darf die Koalition die gesetzlich vorgeschriebene Evaluation bestehender Regelungen nicht weiter verzögern. Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung darf nicht durch die Hintertür umgangen werden.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei)

V-8-013-2: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 13 bis 16:

Das schwarz-rote Versprechen für mehr Sicherheit entpuppt sich als Luftschloss ohne Substanz. Statt strukturell für mehr Sicherheit zu sorgen, Grundrechte zu stärken und die Versammlungsfreiheit zu garantieren, ~~ebnet dieses Gesetz~~ ebnen die Vorhaben der neuen Koalition den Weg für ~~eine Regierung~~ Regierungen, die die Grundrechte ~~unliebsamer politischer Bewegungen einschränkt~~ als Hindernisse sehen, die unliebsamen politischen Protest unterdrücken und den Rechtsstaat ~~angreift~~ schleifen wollen.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg)

V-8-015: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort
beschlossen am: 30.11.2023)

Von Zeile 14 bis 26:

Statt für mehr Sicherheit zu sorgen und die Versammlungsfreiheit zu garantieren, ebnet dieses Gesetz den Weg für eine ~~Regierung~~ Maßnahmen, die die Grundrechte unliebsamer politischer Bewegungen einschränkt ~~en~~.

Zugleich geht die ASOG-Novelle wesentliche Probleme der Sicherheitsbehörden nicht an – von der materiellen, personellen und finanziellen Ausstattung über die Verbesserung gesetzlicher Grundlagen und die Schaffung zielgerichteter und verfassungsfester Eingriffsbefugnisse bis hin Stärkung des Vertrauens in die Polizei durch einen verstärkten Kampf gegen verfassungsfeindliche Tendenzen in den ~~Rechtsstaat~~ angreift Sicherheitsbehörden.

Taser und Bodycams sind teuer und belasten den Berliner Haushalt. Wichtiger ist, dass die Grundausrüstung der Polizei auf ein hohes Niveau gebracht und gesichert wird. Es kann nicht angehen, dass die Polizist*innen in maroden Gebäuden und mit veralteter Ausrüstung arbeiten müssen. Wir Berliner Grüne setzen uns dafür ein, dass die wichtige Arbeit der Berliner Polizist*innen besser wertgeschätzt wird und sie die Ausrüstung und Arbeitsplätze erhalten, die sie verdienen. Bevor die Innensenatorin teure „Spielzeuge“ anschafft, erwarten wir, dass sie zunächst die Basisausstattung sicherstellt. Sonst wird der Sanierungsstau nie aufgelöst. Auch fehlt es im sozialen Bereich an Personalstellen bzw. können diese nicht besetzt werden, da die Arbeitsbedingungen nicht gut sind. Diese grundlegenden Baustellen müssen angegangen werden; gerade in Zeiten knapper Kassen muss der Fokus auf das Wesentliche gelegt werden!

Berlin braucht keine

~~Berlin braucht keine Law & Order Politik~~ polizeilichen Maßnahmen, die potenziell Demonstrierende und marginalisierte Gruppen kriminalisiert und marginalisierte Gruppen gezielt in der Freiheit der Person unverhältnismäßig beschränken, das Leben von Schwangeren und Menschen mit Vorerkrankungen ohne Not gefährdet und die Grundrechte aller unverhältnismäßig einschränkt. Stattdessen braucht Berlin ~~eine~~ eine vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte Sicherheitspolitik, die ~~tatsächlich~~ einen tatsächlichen Mehrwert für die Sicherheit aller schützt bietet. Diesem Anspruch wird die ASOG-Novelle nicht gerecht. Sie trägt auch der aktuellen Gefahrenlage nicht hinreichend Rechnung.

~~Sogenannte Kriminalitätsbelastete Orte (KbO) dürfen nicht länger als Vorwand für übermäßige und intransparente Kontrollen dienen, sondern müssen als Versagen des Staates bei der Fürsorge für Betroffenen verstanden werden. Daher müssen Soziale Arbeit, Prävention und Zukunftsperspektiven in den Mittelpunkt staatlichen Handels rücken. "Kriminalitätsbelastete Orte" im Sinne polizeilich definierter Gebiete, an denen die Befugnisse der Polizei deutlich ausgeweitet werden, gehören abgeschafft. Die Sicherheitsbehörden allein können eine umfassende Sicherheit nicht gewährleisten. Ihre Arbeit kann nur einen Teil der Anstrengung sein, Sicherheit für alle Menschen in Berlin zu gewährleisten. Um den tatsächlichen Gefährdungslagen Rechnung zu tragen, müssen wir Probleme auch an der Wurzel angehen. Soziale Arbeit, Prävention und Zukunftsperspektiven müssen weiter in den Mittelpunkt staatlichen Handels rücken und auch als integrale Bestandteile von effektiven Strategien für mehr Sicherheit verstanden werden. Dafür sollten entsprechende Projekte ausgebaut und besser gefördert werden. "Kriminalitätsbelastete Orte" im Sinne polizeilich definierter Gebiete, an denen die Befugnisse der Polizei deutlich ausgeweitet werden, gehören abgeschafft. Kontrollen nach dem „Gießkannenprinzip“ ohne Verdachtsmomente bringen keine Sicherheit.~~

Begründung

Die Kritik an der ASOG-Novelle darf sich nicht darauf beschränken, die Maßnahmen zu kritisieren, sondern muss insbes. auch aufzeigen, dass ein wesentliches Problem ist, dass die tatsächlichen Probleme nicht angegangen werden.

V-8-023: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 22 bis 26 einfügen:

und intransparente Kontrollen dienen, sondern müssen als Versagen des Staates bei der Fürsorge für Betroffenen verstanden werden. Mit dem Sicherheitsgipfel hat sich die Koalition auf Druck der Bezirke und der grünen Bezirksbürgermeisterinnen verpflichtet Soziales und Sicherheit zusammenzudenken. Den Worten müssen aber Taten folgen. Wer von ganzheitlichen Konzepten redet, muss auch soziale Antworten auf soziale Probleme finden. Daher müssen Soziale Arbeit, Prävention und Zukunftsperspektiven in den Mittelpunkt staatlichen Handelns rücken. "Kriminalitätsbelastete Orte" im Sinne polizeilich definierter Gebiete, an denen die Befugnisse der Polizei deutlich ausgeweitet werden, gehören abgeschafft. Es braucht stattdessen gezielte Ursachen- statt Symptombekämpfung – gerade an den Brennpunkten dieser Stadt. Dafür braucht es eine gesamtstädtische Strategie, das Miteinander von Senat und Bezirken und vor allem die nachhaltige Finanzierung der Bedarfe in allen Berliner Bezirken.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg)

V-8-027: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort
beschlossen am: 30.11.2023)

In Zeile 27:

~~Statt~~ Um tatsächlich mehr Sicherheit für alle Menschen zu kriminalisierenschaffen, muss Berlin ~~endlich~~ insbesondere

- Sicherheit umfassend denken, indem Prävention, soziale Arbeit und Gefahrenabwehr als sich ergänzende Ansätze verstanden werden, die jeweils unterschiedliche Beiträge für ein lebenswertes Miteinander leisten können.

In Zeile 29:

- ~~ausreichend Frauenhäuser finanzieren,~~
- ein hinreichendes Angebot an Frauenhäusern gewährleisten und dafür insbesondere die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen,
- eine vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte und rechtsstaatlich orientierte Sicherheitspolitik verfolgen, die Eingriffe in ihrer Gesamtwirkung betrachtet und die Freiheit und Sicherheit aller Menschen gleichermaßen im Blick hat,
- die Sicherheitsbehörden und die Träger sozialer Arbeit mit materiellen, personellen und finanziellen Mitteln ordentlich ausstatten, dies beinhaltet abgesicherte Personalstellen, eine gute Ausstattung und angemessene Räumlichkeiten,

In Zeile 31:

- ~~queere~~ durch gezielte Polizeiarbeit alle Menschen vor Angriffen schützen und Anfeindungen schützen, wobei dem besondere Schutzbedürfnis von Frauen, LGBTIQ*, , jüdischen Menschen und PoC sowie anderen Personengruppen, die sich besonderen Bedrohungen ausgesetzt sehen, Rechnung getragen wird. Dazu sollten für Polizist*innen passende Schulungen und Fortbildungen angeboten bzw. besser gefördert werden,

Von Zeile 32 bis 34 einfügen:

- sich dafür einsetzen, die Kriminalisierung von Drogen und Sucht zu beenden,
- Suchtprävention sowie Suchthilfe- und Beratungsangebote ausbauen, statt diese einzustampfen und

Von Zeile 35 bis 37:

- konsequent gegen verfassungs- und menschenfeindliche Tendenzen in den Sicherheitsbehörden vorgehen,
- die Polizei ~~entnazifizieren~~, noch stärker für das Problem des Racial Profiling sensibilisieren und die polizeiliche Arbeit kontinuierlich unabhängig evaluieren und parlamentarisch wirksam kontrollieren.„
- Parks und dunkle Straßen besser zu beleuchten und einsehbar zu gestalten.

Begründung

Der Maßnahmenkatalog muss angesichts des sicherheitspol. Charakters um Aspekte mit konkretem Bezug zur Sicherheitspolitik ergänzt werden. Weiterhin setzt sich der ÄA dafür ein, die Forderungen zu präzisieren.

V-8-035: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 35 bis 37:

- die Empfehlungen der Berliner Polizeistudie umsetzen und fortführen und Inter- und Supervisionsangebote ausbauen
- ~~die Polizei entnazifizieren, für Racial Profiling sensibilisieren und kontinuierlich unabhängig evaluieren und kontrollieren.~~
- klar rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen sowie Racial Profiling innerhalb der Sicherheitsbehörden entgegenwirken und unabhängige Überprüfungen sicherstellen.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei), Judith Bonifer (KV Berlin-Lichtenberg)

V-8-036: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg)

Von Zeile 36 bis 37:

- die Rechtsextremismus innerhalb der Polizei ~~entnazifizieren, für~~ vorbeugen und bekämpfen, die Beamt*innen zum Thema Racial Profiling sensibilisieren und diese Maßnahmen kontinuierlich unabhängig evaluieren und kontrollieren.

Begründung

Der Begriff "entnazifizieren" klingt unseriös und hat spätestens seit dem Angriffskriegs Putins gegen die Ukraine eine äußerst unrühmliche Konnotation.

Unterstützer*innen

Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Anne-Christin Beutel (KV Berlin-Lichtenberg), Judith Bonifer (KV Berlin-Lichtenberg), Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg), Tilmann Kern (KV Berlin-Lichtenberg), Karin Hausmann-Kasper (KV Berlin-Lichtenberg), Andreas Kappler (KV Berlin-Lichtenberg), Mandy Riemer (KV Berlin-Lichtenberg)

V-8-037: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Nach Zeile 37 einfügen:

Berlin hat eine moderne Hauptstadtpolizei, die in den letzten Jahren vor allem jünger und diverser geworden ist. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir wollen das Vertrauen in die Berliner Polizei weiter stärken. Dafür braucht es Transparenz, eine selbstkritische Fehlerkultur und Sensibilität. Mit dem Berliner Bürger- und Polizeibeauftragten haben wir eine unabhängige Vermittlungsstelle für Anliegen von Bürger*innen und Polizist*innen geschaffen. Diese wollen wir weiter stärken. Innerhalb der Sicherheitsbehörden stärken wir diejenigen den Rücken, die auf dem Boden des Grundgesetzes agieren und für eine moderne und vielfältige Hauptstadtpolizei eintreten. Starke Polizeigesetze zeichnen sich nicht dadurch aus, dass sie möglichst weitgehende Grundrechtseingriffe ermöglichen oder sich in den Grenzen der Verfassungswidrigkeit bewegen, sondern in dem sie Polizeiarbeit effektiv, transparent und rechtssicher ermöglichen. Dafür braucht es bei der Reform des Berliner Polizeirechts keine einseitige Aushöhlung von Grundrechten, sondern Maß und Mitte. Sicherheit und Freiheit gehen für uns Hand in Hand. Nur so wird Berlin auch weiter die Stadt der Freiheit bleiben können.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei)

V-10-025: Die Mobilitätswende mit einem klimafreundlichen und attraktiven Verkehrskonzept im Osten Berlins voranbringen

Antragsteller*innen KV Marzahn-Hellersdorf (dort beschlossen
am: 27.11.2023)

Ändern in:

Nahverkehrstangente Ost (NVT) retten! Mit einem klimafreundlichen und attraktiven Verkehrskonzept im Osten Berlins voranbringen

Von Zeile 25 bis 26:

Heute stehen wir ~~vor dem~~am Beginn des Planfeststellungsverfahrens der TVO und nicht nur Klimaaktivist*innen und engagierte Bürger*innen vor Ort, auch wir Bündnis 90 / Die Grünen

Von Zeile 42 bis 44:

Wir halten daher die laufenden Planungen der Tangentialverbindung Ost für nicht mehr ~~zeitgemäß, angemessen~~ und ~~verneinen ihre~~fordern eine zeitgemäße Umsetzung. Aktuelle Planungen einer vierspurigen Straße lehnen wir ab. Dazu bestätigen die finalen Unterlagen die schlimmsten Befürchtungen. Die gewählte Trassenführung macht die so dringend nötige Umsetzung der Nahverkehrstangente nahezu unmöglich. Die Freihaltung der Trasse für die Nahverkehrstangente auf der Schiene muss um jedem Preis gerettet werden.

Die Bürger*innen im Biesdorfer Siedlungsgebiet müssen von der täglichen Blechlawine entlastet werden. Da Autoverkehr in absehbarer Zeit weiter Teil unserer Mobilität bleibt, setzen sich Bündnis 90/Die Grünen seit Jahren im Dialog mit den Anwohnenden für eine Verkehrspolitik für alle Verkehrsteilnehmer*innen ein. Vielmehr muss ein Konzept angeboten werden, das mit so wenig wie möglich ökologischem und ökonomischem Schaden die unbestritten vorhandenen Probleme löst.

Um die Nahverkehrstangente zu retten, fordern wir den Senat dringend auf, die Planung

auf eine zweispurige Umgehungsstraße zur Entlastung des Siedlungsgebietes anzupassen. Diese soll von der B1/B5 ohne weitere Abfahrten bis zum S-Bahnhof Wuhlheide geführt werden und dort an die bestehende Rudolf-Rühl-Allee angeschlossen werden. Die Rudolf-Rühl-Allee soll am Anschluss zur Straße an der Wuhlheide so verbessert werden, dass die derzeitige Nadelöhrsituation aufgehoben wird. Im Gegensatz zur aktuellen Planung muss keine neue Schneise durch das Waldgebiet der Wuhlheide geschlagen werden. Die Anwohnenden der Köpenicker Straße werden vom Durchgangsverkehr entlastet, gleichzeitig erhöht sich die Verkehrssicherheit für Radfahrende und zu Fuß Gehende.

Von Zeile 46 bis 49:

Senat daher nachdrücklich auf, den Ausbau des Umweltverbundes vor allem im Osten Berlins und in den Stadtrandlagen in den Mittelpunkt zu stellen!

Die Nahverkehrstangente Ost (NVT) soll so schnell wie möglich gebaut werden und als Hauptentlastung für die Nord-Süd-Achse fungieren. Diese Bahnverbindung soll als Regio-S-Bahn, wie vom Bündnis Schiene Berlin-Brandenburg (BSBB) vorgeschlagen, vom S-Bahnhof Springpfuhl in Marzahn bis zum Flughafen BER in Schönefeld führen. Folgende Zwischenhalte sind vorgesehen: ein Umsteigebahnhof zur S5 an der Märkischen Allee, ein Umsteigebahnhof zur U5 in Biesdorf-Süd, ein neu zu errichtender Bahnhof im Siedlungsgebiet Biesdorf-Süd am Balzer Weg, ein Umsteigebahnhof zur S3 an der Wuhlheide, ein Umsteigebahnhof zur Straßenbahn nach Köpenick an der Straße an der Wuhlheide, ein Umsteigebahnhof zur Straßenbahn nach Adlershof an der Dörpfeldstraße.

Ebenfalls fordern wir den Bau von Regionalbahnhalten am S-Bahnhof Springpfuhl und möglichst auch am S-Bahnhof Marzahn, denn dort fahren schon heute die Regionalbahnen vorbei.

~~Deshalb~~ **Außerdem** fordern wir einen attraktiven 5-Minutentakt auf den S-Bahn-Linien S3 und S5 sowie der U5, mindestens bis zum Stadtrand, bestenfalls bis Erkner und Strausberg zu beauftragen

Von Zeile 51 bis 62:

Minutentakt ist ein zentraler Baustein für ein attraktives Nahverkehrsangebot für den Berliner Osten. **Auch die S7 und S75 sollen nach Schaffung der infrastrukturellen**

Voraussetzungen auf einen 5-Minuten-Takt verdichtet werden.

~~Über die Taktverdichtung hinaus hat für uns die Umsetzung der **Nahverkehrstangente** (Schienen-TVO) Priorität. Die Nahverkehrstangente ist eine leistungsfähige und schnelle Nord-Süd-Verbindung auf der Schiene vom Karower Kreuz zum Grünauer Kreuz. Mit ihrem Bau ergänzt sie die fehlende Verbindung auf dem Bahnaußenring. Dabei könnten die Haltepunkte Biesdorf Süd und Biesenhorst auch direkt das Biesdorfer Gebiet um die Köpenicker Straße erschließen. Zur Realisierung eines Kreuzungsbahnhofs Wuhlheide zwischen NVT und S-Bahn ist der Bahnübergang am Bahnhof Wuhlheide durch eine Bahnunterführung zu ersetzen. Und da die Planungen und der Bau einige Jahre brauchen, soll als Vorgriff der Bau von Regionalhalten am S-Bahnhof Springpfuhl und möglichst auch am S-Bahnhof Marzahn erfolgen. Denn dort fahren schon heute die Regionalbahnen vorbei.~~

Von Zeile 79 bis 84:

umgesetzt werden muss. Der Takt der Busse muss insgesamt im Osten auf 10 Minuten verdichtet werden. Für das Biesdorfer Siedlungsgebiet sehen wir mindestens folgenden Handlungsbedarf:

Eine Busverbindung, zwischen Wuhlheide und Schöneweide muss umgesetzt werden. Der 169er soll in Richtung Unfallkrankenhaus oder S+U-Bahnhof Wuhletal verlängert werden. ~~Eine weitere Netzlücke sollte bspw. der 190er schließen, indem er über den Elsterwerdaer Platz hinaus in Richtung Springpfuhl verkehrt. Außerdem muss eine zügige Fahrt der Busse ermöglicht werden.~~ Außerdem muss eine zügige Fahrt der Busse ermöglicht werden. Weitere konkrete Maßnahmen zu Busverbindungen betreffen die Verlängerung des 190er Busses bis zum Springpfuhl im Norden und nach Schöneweide im Süden sowie ein 10-Minuten-Takt morgens und nachmittags. Zudem betreffen sie eine Takterhöhung des X69er Busses nach Köpenick und die Ausweitung des Muva-Rufbusangebotes.

Von Zeile 100 bis 104:

Zudem fordern wir den weiteren Ausbau von durchgehenden Radverkehrsanlagen. ~~Die Verbesserung der Radverkehrssicherheit muss mit Hochdruck insbesondere im Osten Berlins vorangetrieben werden, was leider von der CDU-geführten Senatsverwaltung in Berlin stark vernachlässigt, wenn nicht sogar torpediert, wird.~~ Hierfür soll schnellstmöglich der Ausbau von breiten Fahrradwegen ab dem S-Bahnhof Biesdorf entlang der

Oberfeldstraße Richtung Süden und weiter auf der Straße Grabensprung erfolgen. Ab der Gleisquerung der U5 soll der Grabensprung im Siedlungsgebiet als reine Fahrradstraße umgewidmet werden. Dort kann an die bestehende Fahrradstraße in der Alberichstraße angebunden werden. Ein Lückenschluss von der Alberichstraße bis zur Wuhlheide und weiter Richtung Straße an der Wuhlheide ist darüber hinaus dringend erforderlich.

Um aber 2030 ein attraktives Netz an Radwegen und Fahrradstraßen zu haben, muss der Ausbauplan jetzt starten! Bis 2026 verfolgen wir das Ziel viele neue Fahrradstraßen und Radwege im Osten auszuweisen, z. B. im Bereich der Treskowallee.

V-11-001: Keine weitere Zusammenarbeit mit Signa in Berlin

Antragsteller*innen Julian Schwarze (KV Berlin-
Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 1 bis 10:

Ob Insolvenzanträge, Korruptionsermittlungen, Milliardenverluste, Warnungen der Europäischen Zentralbank, Baustopps und drohende Bauruinen - die aktuellen Entwicklungen rund um Signa haben sich seit einer ganzen Weile abgezeichnet. Warnungen und Alarmsignale gab es mehr als genug. Leider hat der Berliner Senat die Probleme bei Signa zu lange ignoriert. Die Ereignisserie um den Signa-Konzern und seine Tochterunternehmen in den letzten Wochen und Monaten sowie der Ende November eingereichte Insolvenzantrag der Signa-Holding zeigen einmal mehr, dass Signa kein verlässlicher Partner ist, weder im Bereich Stadtentwicklung, noch wenn es um Kaufhäuser und Einzelhandel geht.

~~Wir fordern, dass alle städtebaulichen Vorhaben, welche durch die Signa-Gruppe bzw. ihre Tochterunternehmen in Berlin in Planung bzw. Umsetzung sind, auf den Prüfstand gestellt werden und weitere Planungsschritte, die auf die Schaffung von Baurechten abzielen, ausgesetzt werden. Solch ein Moratorium zur Aussetzung der Planungen muss auch für die im Letter of Intent zwischen Signa und Land Berlin genannten Vorhaben gelten, insbesondere am Kurfürstendamm und Hermannplatz.~~ Es ist höchste Zeit, im Umgang mit Signa jetzt einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Es ist gut, dass der Senat letztlich unserer Forderung gefolgt ist, alle städtebauliche Vorhaben der Signa-Gruppe, welche in der Zuständigkeit des Landes in Planung bzw. Umsetzung sind, zu stoppen. München ist diesen Weg schon vor Wochen gegangen. Weitere Planungsschritte, die auf die Schaffung von Baurechten abzielen, müssen ausgesetzt bleiben. Das gilt insbesondere auch für die im Letter of Intent zwischen Signa und Land Berlin genannten Vorhaben, insbesondere am Kurfürstendamm und Hermannplatz.

Statt die Interessen von Signa in den Mittelpunkt zu stellen, müssen die Bedürfnisse der Nachbarschaft und der Kaufhaus-Beschäftigten Grundlage für die weiteren Planungen sein. Umso wichtiger ist es jetzt, dass konkrete Maßnahmen ergriffen werden, wie die Kaufhäuser ohne Signa funktionieren und die Arbeitsplätze gesichert werden können. Der Senat hat aber versäumt, notwendige Schritte auf den Weg zu bringen, um auf das drohende Signa-Aus vorbereitet zu sein. Den Beschäftigten in den Kaufhäusern droht schlimmstenfalls Arbeitslosigkeit, den Einkaufsstraßen langer Leerstand und viele Signa-

Geschäftspartner*innen drohen auf ihren Kosten sitzen zu bleiben. Zudem besteht die Gefahr, dass hunderte Millionen Euro an staatlichen Subventionen verloren sind. Schon längst hätten durch den Senat alternative Planungsszenarien auf den Weg gebracht werden müssen. Hierzu können Ideenwerkstätten unter anderem unter Beteiligung der Beschäftigten und der Anwohner*innen sowie der betroffenen Bezirke eine gute Möglichkeit sein.

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

Kaufhof GmbH von 2020 war richtig und bestätigt sich durch die aktuellen Entwicklungen umso mehr. Der LOI kann angesichts der Insolvenz der Signa-Holding keine Grundlage mehr für die Stadt Berlin sein.

Von Zeile 17 bis 33:

für Signa und seine Tochterunternehmen zu schaffen, um durch massive Bodenwertsteigerungen einem ~~offensichtlich angeschlagenen Immobilienspekulanten zusätzliche Renditen zu ermöglichen.~~ Hinzu kommt, dass angesichts der berichteten finanziellen Probleme bei Signa das Risiko von Bauruinen besteht. Der Baustopp des Hamburger Elbtowers aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten seitens Signa ist hier mahnendes Beispiel. insolventen Immobilienspekulanten oder seiner Nachfolger*innen zusätzliche Renditen zu ermöglichen. Angesichts der Insolvenz von Signa und verschiedener Tochterunternehmen besteht das Risiko von Bauruinen. Der Baustopp und die Situation rund um den Hamburger Elbtower ist hier mahnendes Beispiel.

~~Es ist offensichtlich, dass der Signa-Konzern weitere Projekte verkaufen wird, um Umsätze zu generieren. Der Verkauf des Hochhauses am Alexanderplatz wird kein Einzelfall bleiben. Medienberichten zufolge musste alleine die Signa Prime Selection, die wichtige Bestandimmobilien des Signa-Imperiums umfasst, ihr Immobilienportfolio um mehr als eine Milliarde Euro abwerten. Mittlerweile soll auch die Europäische Zentralbank (EZB) Geldhäuser mit bestehenden Engagements bei Signa dazu gedrängt haben, diese Darlehen entweder zum Teil abzuschreiben oder weitere Vorsorgen für potenzielle Verluste zu treffen.~~

Es ist zu erwarten, dass der Signa-Konzern aufgrund der Insolvenzen weitere Projekte und Tochterfirmen verkaufen wird. Der Verkauf des Hochhauses am Alexanderplatz oder des Projekts "Beam" werden keine Einzelfälle bleiben.

Das Land Berlin darf diese Art von Geschäftsmodellen in der Immobilienbranche nicht

weiter unterstützen. ~~Signa geht es um~~ Das Signa-Geschäftsmodell verfolgt das Ziel, die Versilberung der eigenen Immobilienbestände und um eine zu versilbern für maximale Rendite Renditen zu Lasten der Beschäftigten. Dafür brauchen sie Baurecht.

Stadtentwicklung darf sich aber nicht abhängig machen von fragwürdigen Geschäftsmodellen - egal ob von Signa oder von anderen Unternehmen. Der Senat muss nun alles tun, um einen ~~möglichen~~ Schaden von Berlin abzuwenden.

Begründung

Aktualisierung des Antragstextes aufgrund der aktuellen Entwicklungen.

Unterstützer*innen

Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln)